

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

82 (12.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 45. öffentliche
Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 82.

Donnerstag, 12. März 1908.

915

Badischer Landtag.

== Zweite Kammer. ==

45. öffentliche Sitzung

am Dienstag den 10. März 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler,

und damit in Verbindung: Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

- a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Kirschkäden betr. (Drucksache Nr. 35)
- b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Drucksache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodman, Geh. Oberregierungsrat Rebe, der Referent für Pferdebezugsangelegenheiten Graf v. Wismar, die Oberregierungsräte Märklin und Hafner.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 9 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

- 1. der Handelskammer Freiburg um Regelung der Gehaltsverhältnisse der geprüften Handelslehrer in Baden;
- 2. der Gemeinderäte Donaueschingen, Sammereisenbach, Reiffelzingen, Wärental und Friedenweiler um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradtrede auf der Hällentalbahn;
- 3. des Verbands der oberbadischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie des Verbands der unterbadischen Kreditgenossenschaften um Aenderung des Vermögenssteuergesetzes.

Ziffer 1 wird der Kommission für die Beamtenverläge, Ziffer 2 der Budgetkommission, Ziffer 3 der Petitionskommission überwiesen.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen Beratung zum Landwirtschaftsbudget und der Beratung der Anträge der Abgg. Neuwirth und Gen.) erhalten das Wort

Abg. Schmund (Zentr.): Als Vertreter eines Bezirks, in dem der Rebbaueine große Rolle spielt, sehe ich mich nach dem Verlauf der Debatte zu einigen Ausführungen veranlaßt. Ich gehe dabei auf die Erörterung der Weinfrage im engeren Sinne, die bereits von verschiedenen sachverständigen Herren eingehend besprochen worden ist, nicht ein, zumal ich nach der Erklärung des Herrn Ministers zu der Großh. Regierung das Vertrauen habe, daß sie bei der Schaffung des neuen Weingesetzes für die berechtigten Wünsche der Interessenten mit Wärme eintreten wird. Nur einen einzigen Punkt möchte ich herausgreifen und mich auf dessen kurze Erörterung beschränken, die Frage des Rebbaues.

Der Herr Kollege v. Gleichenstein hat mit seiner dankenswerten Anregung, eine Verjüngung unserer Weinreben durch Einführung einer Sämlingszucht herbeizuführen, bedauerlicherweise wenig Anklang in diesem Hause gefunden. Er hat den Rückgang der Erträge unserer Weinreben teilweise darauf zurückgeführt, daß infolge der ausschließlichen Fortpflanzung durch Stecklinge eine Degeneration unserer Reben eingetreten sei, und hat aus diesem Grunde eine Wiederauffrischung durch die Sämlingszucht befürwortet. Man hat diesen Weg aus verschiedenen Gründen nicht für gangbar erklärt und ausgeführt, das Verfahren sei zu umständlich, zu zeitraubend, zu teuer, und schließlich hat man auch bezweifelt, ob es gelingen werde, aus diesen Sämlingsreben wie aus den Stecklingsreben eine Qualitätsrebe zu erzielen. Was diese Frage anbelangt, so verweise ich auf eine mir vorliegende Festschrift des Weinbauinstituts Oberlin in Kolmar vom Jahre 1900, in dem 44 verschiedene aus Sämlingen gezogene Rebsorten aufgezählt sind, die ganz hervorragende Qualitätsarten darstellen.

Man hat aber auch bestritten, daß unsere Reben derart degeneriert seien, daß eine Rückkehr zum Urzustand notwendig sei, und der Herr Regierungsvertreter hat gemeint, es sei wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen, daß die Degeneration auf die Fortpflanzung durch Stecklinge zurückzuführen sei. Was diese Frage anlangt, so möchte ich auf den schon mehrfach erwähnten Dr. Koch verweisen, der in seiner 1889 erschienenen Schrift „Amerikanische Saatreben“ unter dem Kapitel „Ver-

mehrung der Reben" u. a. folgendes ausführt: „Es darf nun nicht übersehen werden, daß die ungeschlechtliche Vermehrung — das ist also die Vermehrung durch die Stecklinge — „notwendig gewisse Nachteile nach sich ziehen muß, die der Samenzucht abgehen. Die junge Pflanze, die sich einfach als direkte Fortsetzung des Mutterstockes darstellt, schleppt die krankhaften Neigungen der Mutter, die eine Folge schlechter Lebensverhältnisse oder des Nachlassens der Natur im Alter sein können, mit sich durch ihr ganzes Leben. Dabei werden die Krankheitselemente durch die Störung infolge der Trennung des Sprosses von der Mutter und des frischen Anpassens an andere Bodenverhältnisse verstärkt. Die Folge davon ist bei Fortsetzung dieser Vermehrung durch viele Generationen eine allgemeine Schwäche und Empfindlichkeit des Organismus gegen äußere Einwirkungen, seien es die Einflüsse der Witterungsunbilden, Fröste, zu hohe Winterkälte, oder seien es die Angriffe der feindlichen Parasiten. Die Folge dieser schädlichen Einflüsse ist das, was man als „Degeneration“ der Rebe bezeichnet hat.“

Nun hat allerdings der Herr Kollege Dr. Blankenhorn auf eine weitere Schrift desselben Verfassers hingewiesen und erklärt, Dr. Hoch habe in einer Schrift, die im Jahre 1905 erschienen ist, 15 verschiedene Gründe für den Rückgang des Ertrags der Reben angeführt, u. a. den nach seiner (Dr. Blankenhorns) Ansicht wichtigen Grund der Erneuerung oder Verjüngung der Weinrebe seit Jahrhunderten durch Verlegen und Bergruben statt durch Blindholz und Wurzelreben. Daraus könnte man also schließen, daß Dr. Hoch seine frühere Ansicht aufgegeben habe. Das trifft aber durchaus nicht zu, er hat unter den 15 Gründen verschiedene angeführt, die beweisen, daß durch Stecklinge eine Degeneration eingetreten ist, u. a. die Verwendung von Blindholz und Wurzelreben aus den uralten geschwächten Weinbergen; er führt auch noch andere Punkte an, so z. B. die mangelnde Rücksicht auf die Auswahl der kräftigsten und fruchtbarsten Stöcke zur Vermehrung. Dr. Hoch hat demnach seine frühere Auffassung nicht aufgegeben, sondern er hat noch verschiedene andere Gründe dazu angeführt, die eine Degeneration der Reben zur Folge haben. Daraus geht hervor, daß die Wissenschaft bereits vor 20 Jahren und auch heute noch auf dem Standpunkt steht, daß eine Degeneration unserer Reben durch die Stecklingszucht herbeigeführt wird.

Was die Umständlichkeit des Verfahrens anbelangt und die hohen Kosten, die durch die Sämlingszucht verursacht werden, so scheint mir das bei der eminenten Wichtigkeit, die bei uns im Lande Baden der Rebbau hat, noch kein genügender Grund zu sein, von einem Versuch (und nur von einem solchen hat der Herr Kollege v. Gleichenstein gesprochen) in der einen oder anderen landwirtschaftlichen Anstalt abzusehen. Es handelt sich nicht, wie Herr Kollege Pfefferle irrtümlich gemeint hat, um die Einführung einer Sämlingschule für den Rebbau, sondern nur um einzelne Versuche in den landwirtschaftlichen Anstalten. Unbestritten ist jedenfalls die Tatsache, daß unsere Reben bei den gegenwärtigen Verhältnissen mehr und mehr unter den Schädlingen zu leiden haben, sei es nun infolge davon, daß sie an Widerstandskraft abgenommen, oder infolge davon, daß sich die Krankheiten im Laufe der Zeit vermehrt haben. Ich gebe nun ohne weiteres zu, daß, wie der Herr Regierungsvertreter ausgeführt hat, durch eine bessere Düngung oder eine Verjüngung der Reben ein größerer Ertrag erzielt werden kann. Allein auch die Düngerfrage hat ihre zwei Seiten. Es hat der Rebmann oft mit außerordentlichen Terrainschwierigkeiten zu kämpfen, bis er den Reben die erforderliche Düngermenge zugeführt hat. Und dann ist die Düngerfrage für manchen Rebmann auch ein Geldfrage. Wenn der Herbst das erhoffte Erträgnis nicht bringt oder der

Wein unverkauft im Keller liegen bleibt, dann zehrt eben der Rebmann von seinem Anlagkapital, das heißt, dem Weinberg. Die notwendige Verjüngung wird hinausgeschoben, das Erträgnis wird von Jahr zu Jahr geringer, und die Widerstandskraft der Reben nimmt immer mehr ab.

Nun hat der Herr Kollege Dr. Blankenhorn auch auf die Veredelung unserer Reben auf amerikanischer Grundlage hingewiesen; er ist auf die Aufzucht unserer Dualitätsrebe auf die amerikanische Wurzelrebe zu sprechen gekommen und hat gegen die Einführung dieses Verfahrens bei uns warnend seine Stimme erhoben. Unter anderem hat er ausgeführt, in Frankreich, wo man schon vor Jahren von dem Qualitätsbau zu dem Quantitätsbau übergegangen sei, habe man in dieser Beziehung schlimme Erfahrungen gemacht, man wolle das dort nur nicht zugeben. In neuerer Zeit haben sich aber, wie mir scheint, die Erfahrungen in Frankreich etwas gebessert. Ich verweise in dieser Frage auf einen Artikel, den der Vorsitzende der königl. preussischen Reberedelungskommission, Landesökonomierat Goethe in Darmstadt, zu Anfang dieses Jahres in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht hat, in dem er über die Erfahrungen, die Frankreich in dieser Beziehung neuerdings gemacht hat, folgendes schreibt: „Auch in Frankreich hat man lange Zeit gemeint, die fremdartige amerikanische Unterlage sei nachteilig für die Qualität des auf ihr gewachsenen Weines, und namentlich das Medoc und die Champagne leisteten lange Widerstand. Die letzten Gegner mußten verstummen, als sie hörten, wie die 1906 er Burgunder Weine, die fast ausschließlich von veredelten Reben gewonnen wurden, ausgefallen waren.“ Dann führt er aus, es habe im November 1906 eine Versteigerung von Burgunder-Weinen in Beaune stattgefunden, und dabei sei für veredelten Burgunder für 2 Stücke, zu je 228 Liter ein Preis von 4000 Franken bezahlt worden; dieser Preis übersteige den bis dahin höchsten Preis um 400 Franken. Der höchste Preis sei im Jahre 1831 mit 3600 Franken für 2 Stücke erzielt worden. Goethe sagt dann weiter, der Vorsitzende des Syndikats der Weinhändler in Mâcon habe sich über den Wert dieses Jahrganges der Reben, der durch die veredelte Amerikanererebe gezogen worden ist, folgendermaßen ausgesprochen: „Wir können bestätigen, daß seit der Rekonstitution unserer Weinberge keine Ernte die Vorzüglichkeit dieses Jahrganges erreicht hat. So können wir also der Zukunft mit Vertrauen entgegen sehen, und den veredelten Reben, die uns gegenüber den alten französischen Reben eine bedenkliche Minderwertigkeit befürchten ließen, die volle Anerkennung aussprechen, die ihnen verdienen.“

Wir haben aber auch bei uns in Deutschland mit der Veredelung Erfahrungen gesammelt, und gerade auf der Geisenheimer Anstalt sind Versuche mit der veredelten Amerikanererebe gemacht worden. Hierüber schreibt Dekonomierat Goethe: „Viele weinkundige Zünger, und darunter erfahrene Weinkommissäre, haben bei verdeckter Probe den veredelten Wein als den besten des betreffenden Jahrganges bezeichnet oder waren doch nicht im Stande, irgendwelche nachteilige Veränderung oder einen fremdartigen Beigeschmack herauszufinden.“

In der Saargegend wurde im Jahre 1906 Wein versteigert, der aus diesen Amerikanerereben gezogen worden war, und es wurden am 4. Mai in Trier für ein halbes Fuder 1904er Riesling 3710 M. bezahlt, obwohl in der Versteigerungsliste die Herkunft dieser Reben ausdrücklich erwähnt war. Für das ganze Fuder, also für 1000 Liter, sind das 7420 M. Für ein Fuder einheimischen Weines aus dem domänenfiskalischen Lager wurden 5090 M. und 5880 M. bezahlt, und ein Privatmann erzielte nur den Preis von 5000 und 5120 M.

Sie sehen also, daß aus dieser veredelten Amerikanerrebe ein Wein gezogen worden ist, der an Qualität und an Preis den einheimischen Wein noch übertroffen hat.

Wenn diese Ausführungen richtig sind, woran zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, dann beweisen sie, daß die Befürchtungen, es könnte durch die Einführung der veredelten Amerikanerrebe unser Qualitätsweinbau leiden, nicht zutreffend sind. Ich verkenne durchaus nicht, daß es eine langjährige, schwierige und kostspielige Arbeit sein wird, um die veredelte Amerikanerrebe bei uns einzuführen, und daß jahrelange Versuche notwendig sein werden, um diejenige amerikanische Unterlage herauszufinden, auf welche unsere einheimische Rebe aufzusprießen kann; gerade das beweist, daß dringende Eile in dieser Beziehung notwendig ist. Nach dem Urteil von Sachverständigen werden wir früher oder später doch zu diesem Aushilfsmittel greifen müssen, und je früher wir das tun, desto besser wird es für unseren Weinbau sein (Beifall im Zentrum).

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodman: Der Herr Vordrucker ist zurückgekommen auf die Frage, ob es sich empfehle, statt der Stecklingszucht die Nebenvermehrung durch Sämlinge herbeizuführen. In dieser Frage sind wir bisher auf Grund der Gutachten hervorragender Sachverständiger, sowohl wissenschaftlicher Autoritäten als auch praktischer Rebbaupersonen, der Ansicht gewesen, welche der Herr Geh. Oberregierungsrat Rebe kürzlich hier dargelegt hat. Ich will aber gern zugeben, daß die Frage einer nochmaligen Prüfung wert ist. Sie ist ja von sehr großer Bedeutung, und ich bin sehr gern bereit, diese nochmalige Prüfung durch die Landwirtschaftskammer, in der wir ja jetzt ein ausgezeichnetes Organ für derartige Arbeiten besitzen, zu veranlassen.

Wenn von demselben Herrn Abgeordneten gesagt worden ist, daß wir alle Veranlassung hätten, die Versuche mit den Amerikaner Reben zu beschleunigen, so glaube ich, daß in dieser Beziehung nichts veräußert worden ist. Wir sind ja allerdings bis jetzt in der glücklichen Lage, daß wir die Reblaus nicht haben, wenigstens haben wir sie nicht gefunden, und zwar nicht gefunden trotz sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung. Ich habe mich selbst von dem Gang dieses Prüfungsgeschäftes im vorigen Sommer überzeugt, weil ich die Sache für eine sehr bedeutungsvolle für unseren Weinbau halte. Also wir haben bis jetzt die Reblaus nicht, und wir wollen hoffen, daß wir sie auch nicht bekommen, und wir wollen hoffen, daß, wenn wir sie bekommen, wir sie auf dem anderen Wege, der bisher als der richtige angesehen wird, bekämpfen können. Aber wir haben für alle Eventualitäten vorgesorgt durch unsere Anpflanzungen am Turmberg, wo die Amerikaner Rebe gepflanzt wird. Dort sind die notwendigen Versuche gemacht worden, und dort wird man wohl künftig auch die Versuche mit dem Keltern machen; bis jetzt sind ja die Reben noch zu jung.

Die Frage, ob man anderwärts mit den Amerikaner Reben günstige Erfahrungen gemacht hat, ist außerordentlich bestritten. Der Herr Abg. Dr. Blankenhorn hat ja in dieser Beziehung schon einiges ausgeführt, und ich kann dem beifügen, daß mir einer der hervorragendsten Weinbauern der Pfalz auf Grund der Reiseerfahrungen, die er jetzt eben in Frankreich gesammelt hat, gesagt hat, daß, wenn man die Herren unter vier Augen spreche, die Ergebnisse durchaus nicht so günstig lauten. Es stimmt das im wesentlichen mit dem überein, was der Herr Abg. Dr. Blankenhorn gesagt hat. Aber, wie gesagt, wir veräußern in dieser Beziehung nichts.

Da ich gerade am Weinbau bin, so darf ich auf eine Anregung des Herrn Berichterstatters zurückkommen, der gewünscht hat, daß die Weinkarte auf den Bodenseedampfern einer Umgestaltung unterzogen werde. Ich bin damit völlig einverstanden und will diesen Wunsch gern an den Herrn Eisenbahnminister vermitteln.

Der Herr Abg. Müller hat ebenfalls einen Eisenbahnwunsch geäußert, daß die Eisenbahndämme und Eisenbahneinschnitte mit Weißdornhecken usw. bepflanzt werden möchten, damit die Vögel Nistplätze finden. Auch diese Anregung will ich gerne befürwortend weitergeben.

Da ich gerade an der Eisenbahn bin, so darf ich auch auf das eingehen, was der Herr Abg. Wittmann gesagt hat. Er hat darüber geklagt, daß sein gesamter Wahlbezirk bezüglich der Eisenbahn so übel gestellt sei. Nun, es ist eben jetzt die Eisenbahn nach Bunnendorf zur Vollenbung gelangt, er hat ja das auch erwähnt. Der Bezirk Bunnendorf besitzt ferner die Buntachbahn mit zahlreichen Stationen im Bezirk Bunnendorf, und der frühere Bezirk Jestetten besitzt die Bahnen Basel-Konstanz und Schaffhausen-Zürich mit mehreren Stationen. Jestetten selber ist ja Bahnstation an dieser Eisenbahn. Also so arg schlimm ist es damit doch nicht bestellt. Wohl aber weiß ich, daß das Bohnenviertel schon lange den dringenden Wunsch nach einer Eisenbahn hat, und soweit mir als Minister des Innern das zusteht, kann ich nur wünschen, daß diese Wünsche in Erfüllung gehen, diese Wünsche, die mir ja früher auch als Landeskommissär sehr eindringlich nahegelegt worden sind. Was an mir steht, um ihre Erfüllung zu begünstigen, zu fördern, das will ich sehr gerne tun. Damit habe ich eigentlich schon mehr gesagt, als ich über ein fremdes Ressort sagen darf (Weiterkeit).

Es ist dann für den Vogelschutz noch weiter manches warme und gute Wort hier gesprochen worden. Vor allem hat der Herr Abg. Quenzer sich dafür eingesetzt, daß man in den Schulen einen Tag einführen möge, der dem Vogelschutz gewidmet sei, und ebenso einen Tag, der den Bäumen gewidmet sei. Ich glaube, in den Volksschulen wird darauf schon großes Gewicht gelegt. Es kann aber in der Beziehung jedenfalls noch weiter manches geschehen. Ich will sehr gerne die Anregung an meinen Kollegen vom Unterrichtsministerium weitergeben. Was übrigens die Bäume betrifft, so ist dem Herrn Abgeordneten wohl bekannt, daß schon jetzt eine Tätigkeit in der Richtung, wie er sie wünscht, stattfindet, indem in vielen Winterschulen mit Beihilfe der Kreise oder der landwirtschaftlichen Vereine die Einrichtung besteht, daß, wenn die Knaben aus der Schule entlassen werden, ein jeder einen Obstbaum mitbekommt, den er dann pflanzt und der ihm dann einen Ansporn gibt, sich dem Obstbau mit größerem Interesse zuzuwenden. Auch auf den Volksschulen ist diese Einrichtung da und dort getroffen, in Fortbildungsschulen ist sie da und dort eingeführt. Wenn in der Beziehung noch weiteres geschehen kann, so ist das ganz gewiß erwünscht; denn der Obstbau hat eine sehr große Bedeutung für unser Land, wie so schön und treffend von dem Herrn Abg. Geppert und von anderen Seiten hier ausgeführt worden ist.

Ich bin mit dem Herrn Abg. Geppert auch darin ganz einverstanden, daß man den Unterricht im Obstbau mehr fördern sollte dadurch, daß die Wanderlehrertätigkeit weiter ausgebildet wird, daß die Lehrer in die Gemeinden hineingehen und den viel beschäftigten und geplagten Landwirten, die nicht leicht irgendwohin zu einer Besprechung gehen können, am Abend und wenn sonst eine freie Zeit sich bietet, den nötigen Unterricht erteilen. Diesem Zweck dient ja auch mit die

Bestellung weiterer Obstbaulehrer, die hier erfreuliche Zustimmung gefunden hat.

Es ist dann, ebenfalls von dem Herrn Abg. Geppert, angeregt worden, daß man unsere Prämierungsvorschriften bezüglich der Obstbauanlagen einer Durchsicht unterziehen möge, indem man eine zweimalige Prämierung eintreten lassen solle; man solle die Obstanlagen nicht nur bei der ersten Anlage prämiieren, sondern man könne sie nach einem gewissen Zeitraum, vielleicht nach 5 Jahren, abermals nachsehen und solle dann die gutgehaltenen Obstanlagen nochmals prämiieren. Nachgesehen werden ja diese Anlagen, sie werden einer fortbauenden Aufsicht unterstellt. Aber eine nochmalige Prämierung ist allerdings bisher nicht in Aussicht genommen. Ich will aber sehr gerne dieser Anregung nachgehen.

Mit bezug auf die Flurschäden hat der Herr Abg. Geppert gesagt, daß das Vorabschätzungsgeheimnis den Vorabschätzern einigermaßen dadurch entleidet werde, daß ihre Schätzungsergebnisse von der Kommission abgemindert würden. Ich weiß nicht, ob da nicht ein Mißverständnis im Spiele ist. Die Aufgabe der Vorabschätzungskommission ist ja nicht, den Schaden abzuschätzen, wie aus dem deshalb auch unrichtigen Ausdruck „Vorabschätzungskommission“ entnommen werden könnte, sondern die Aufgabe der Vorabschätzung ist nur, den Umfang des Schadens festzustellen. Die Abschätzungskommission hat einen „Beweis zu ewigem Gedächtnis“, wie man das im bürgerlichen Prozeß nennt, zu erheben, sie hat festzustellen, in welchem Umfang das Feld geschädigt ist, ob zu einem Drittel, zu einem Sechstel usw., und wie viel Zentner der betreffenden Frucht dadurch etwa vernichtet sind; dagegen hat sie nicht den Betrag des Schadens zum Ausdruck zu bringen. Die Kommissionen tun das aber vielfach, in Verkennung eben ihrer eigentlichen Aufgabe, und an dieses Schätzungsergebnis ist dann die eigentliche Abschätzungskommission nicht gebunden.

Der Herr Abgeordnete hat dann beklagt, daß, wenn jemand aus Unkenntnis zu wenig gefordert habe, dann eine nachträgliche Erhöhung seiner Forderung nicht zugelassen sei. Nun, ich glaube, derartige Fälle werden wohl selten sein. Im allgemeinen wird wohl der geschädigte Landwirt eher geneigt sein, mehr zu fordern, schon deshalb, weil er den Schaden in der ersten Betrübniß über das geschädigte Feld — das tut ja dem Landwirt furchtbar weh, wenn er die Früchte seines Fleißes so zugerichtet sieht — höher zu schätzen geneigt ist. Wir machen ja ähnliche Erfahrungen auch bei der Hagelversicherung. An sich glaube ich, daß eine Erhöhung der Forderung innerhalb der vierwöchentlichen Anmeldefrist zulässig ist. Es ist das eben eine Nachmeldung, die aber jedenfalls eintreten müßte, bevor die Kommission sich mit der Forderung des Mannes befaßt hat. Denn wenn die Kommission bereits auf Grund der ersten Forderung das Zugeständnis gemacht hat, dann kann natürlich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Verlangen nicht zurückgezogen und durch ein höheres ersetzt werden.

Da ich an den Flurschäden bin, so darf ich noch auf einige weitere derartige Fragen eingehen. Es ist gesagt worden, die Kommission sei viel zu groß, man könne besser, schneller und billiger arbeiten mit einer kleineren Kommission, die nur aus drei Mitgliedern bestehe. Diese Frage ist durch Kaiserliche Verordnung auf Grund des Reichsgesetzes geregelt und kann nicht für Baden allein anders geregelt werden. Warum die Kommission so zusammengesetzt ist, das ist doch einleuchtend. Man will einen Vertreter der Staatsbehörde als Vorsitzenden der

Kommission haben, weil diese Abschätzung doch eine Angelegenheit der bürgerlichen Behörden ist. Es will aber auch der Militäriskus nicht darauf verzichten, vertreten zu sein, einmal durch einen Intendanturbeamten, der sich über die Höhe der zu zahlenden Entschädigung ganz besonders zu unterrichten und zu äußern hat, und sodann durch einen Offizier, der am ersten in der Lage ist, zu beurteilen, ob die Schäden wirklich durch Truppenübungen oder durch Zuschauer usw. herbeigeführt sind. Ich kann mir nicht wohl denken, daß man die Kommission kleiner gestalten kann.

Was die Kosten der Kommission betrifft, so sind sie allerdings erhebliche. Sie werden übrigens vom Reiche getragen.

Wenn in einzelnen Fällen, wie der Herr Abg. Burthard ausgeführt hat, ein vereinfachtes Schätzungsverfahren eingetreten ist, so sind das wohl nicht die großen Herbstübungen gewesen, sondern kleinere Übungen, und für solche kleinere Übungen ist schon lange Zeit ein vereinfachtes Verfahren zugelassen und findet vielfach mit demselben guten Erfolge statt, wie der Herr Abg. Burthard das auch von seiner Gemeinde bestätigt.

Es sind dann auch Klagen über die Auszahlung der Flurschadensbeträge vorgetragen worden, speziell von dem Herrn Abg. Febr. v. Wenzingen. Er hat ganz allgemein gesagt, daß auch die Quartiergelder usw. in einer umständlichen Weise ausbezahlt würden. Ich glaube, es muß da wohl ein Mißverständnis vorliegen; denn alle diese Gelder, mit Ausnahme der Flurschadensentschädigungen, werden an den Ortsvorsteher ausbezahlt, dessen Quittung genügt; Sache des Ortsvorstehers ist dann die Abführung der Beträge an die einzelnen Bezugsberechtigten. Also eine Beglaubigung von Quittungen kommt da nicht in Frage. Dagegen kommt eine solche Beglaubigung von Quittungen allerdings in Frage bei der Auszahlung der Flurschäden; hier hat es der Militäriskus nur mit dem einzelnen Geschädigten zu tun, diese Auszahlung geht nicht durch die Gemeinde. Die hier erforderliche Beglaubigung der Unterschriften erfolgt aber am Ende der Liste in einem Akt. Inwiefern da Umständlichkeiten entstehen können, wie sie aus dem Bezirke Bretten beklagt werden, weiß ich nicht. Es wird das aber aufgeklärt werden, und wir werden auch, wo sich dabei Schwierigkeiten mit der Bevölkerung ergeben, mit der Intendantur ins Benehmen treten, um diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu mildern. Es käme z. B. in Frage die Auszahlung durch den Steuereinnahmer; dann würde eine Beglaubigung durch den Bürgermeister nicht erforderlich sein.

Der Herr Abg. Sängler hat beklagt, daß der Zeitpunkt für die Verurteilung unglücklich gewählt sei, indem sie mitten im Sommer stattfindet, wo die Landwirte durch Arbeit in Anspruch genommen seien. Der Zeitpunkt für die Verurteilung ist deshalb so gelegt, weil im Dezember oder im Januar viele Arien von Betrieben entweder überhaupt ruhen oder nur mäßig beschäftigt sind; ich erinnere nur z. B. an das Baugewerbe, das unter Umständen im Dezember ganz ruht, namentlich in den nördlichen Teilen des Reiches. Man würde also ein ganz unrichtiges Bild von unserem Erwerbsleben bekommen, wenn man die Verurteilung im Winter vornehmen würde. Das ist der Grund gewesen, warum sie im Sommer vorgenommen worden ist. Daß durch die Vornahme im Sommer eine Belästigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eintritt, das ist ja nicht zu verkennen. Aber diese Statistik der Verurteilung ist sehr notwendig, sie ist die Grundlage für viele gesetzgeberische Arbeiten und für die Verwaltungstätigkeit auf vielen Gebieten.

Wenn Dinge vorkommen, wie der Herr Abg. Säng-
ger mitgeteilt hat, daß jemand kommt, sich als Besitzer
einer Fabrik bezeichnend und dann den Bauern sein Vieh-
puber aufschwätzt, so wäre es doch sehr dankenswert,
wenn das der Behörde zur Anzeige gebracht würde, da-
mit hier eingeschritten werden kann. Schonung ist mei-
nes Erachtens hier durchaus nicht am Platze.

Der Herr Abg. Säng-ger hat dann den Wunsch ge-
äußert, daß junge Leute nach Skandina-
vien entsendet werden möchten, um dort die Ver-
hältnisse der Landwirtschaft kennen zu lernen. Das ist
ein sehr beherzigenswerter Gedanke. Ich wundere mich
aber, daß der Herr Abg. Säng-ger nicht zu wissen scheint,
daß ein junger Mann gerade aus seinem Bezirke durch
Vermittlung der Regierung und des landwirtschaftlichen
Sachverständigen bei der Gesandtschaft in Kopenhagen
eine Stelle als Lehrling bei einem hervorragenden Land-
wirt auf Seeland bekommen hat, um dort die dänische
Landwirtschaft und das Genossenschaftswesen insbeson-
dere kennen zu lernen. Der betreffende Landwirt ist auch
zugleich eine hervorragende Persönlichkeit im dänischen
Genossenschaftswesen und hat versprochen, den jungen
Mann auf seinen Reisen mitzunehmen. Es entbehrt nicht
des Interesses, daß gerade aus dem Bezirke, den der Herr
Abg. Säng-ger für rickständig erklärt hat, zuerst ein junger
Mann dahin geht, wo der Herr Abg. Kolb meint, daß
man die Landwirtschaft studieren soll (Heiterkeit).

Der Herr Abg. Säng-ger hat sodann über die bau-
liche Verunstaltung in Stadt und Land
geklärt und gebeten, daß dem entgegengetreten werde. Er
hat dabei seiner Freude Ausdruck verliehen, daß wir in
der Person des Herrn Baurat Stürzenader
eine hervorragende Kraft für die Tätigkeit auf diesem
Gebiete gewonnen haben. Nun, was die bauliche Ver-
unstaltung betrifft, so hat gerade unsere neue Lan-
desbauordnung umfassende Vorschriften in dieser
Beziehung getroffen, und sie geht nach ihrer ganzen Ten-
denz darauf aus, die bodenständige Bauweise zu erhalten,
zu pflegen und zu fördern. Herr Stürzenader ist in der
Tat auch auf diesem Gebiete eine hervorragende Kraft,
und ich freue mich der Anerkennung, die hier ausgespro-
chen worden ist. Ich darf aber auch sagen, daß Herr
Baurat Levy schon auf diesem Gebiete fördernd tätig ge-
wesen ist. Herr Baurat Levy hat zum Beispiel
Entwürfe ausgearbeitet für eine bodenständige Bauweise
in St. Georgen im Schwarzwalde. Er hat die Motive
geschützt, die in jenen Gegenden des Schwarzwaldes noch
aus älterer Zeit vorhanden sind, und er war diese Motive
in seinen Entwürfen zu verwerten bestrebt, dabei auch
darauf abhebend, daß nicht teurer gebaut wird, als bis-
her in der etwas einförmigen Weise gebaut wurde. Er
hat Entwürfe sowohl für Bauernhäuser als für Arbeiter-
häuser ausgearbeitet, und diese Entwürfe sind der Ge-
meindebehörde in St. Georgen mitgeteilt worden. Die
Sache hat einen Abschluß noch nicht gefunden. Auch für
Schiltach hat sich Herr Baurat Levy in dieser Richtung
bemüht.

Es haben dann sowohl der Herr Abg. Säng-ger als
auch andere Herren, insbesondere der Herr Abg. Witte-
mann, von der Unterernährung der Land-
wirte gesprochen und die Aufmerksamkeit der Regie-
rung auf diesen Punkt gelenkt mit der Bitte, daß in dieser
Beziehung Erhebungen gepflogen werden sollen. Diese
Erhebungen sind bereits eingeleitet. Es haben sich näm-
lich die Zentralstelle für Volkswohlfahrt und der Deutsche
Bund für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege in
einer Eingabe an die Staatsregierung sämtlicher Bun-
desstaaten gewendet, um auf die Unterernährung auf
dem Lande und deren Folgeerscheinungen aufmerksam zu
machen. Sie haben das im einzelnen ausgeführt, und

ein Gutachten von Dr. med. Knapp bei der Zentralstelle
für Volkswohlfahrt beigelegt. Wir haben dann das Sta-
tistische Landesamt darüber gehört, was geschehen könne,
um für unser Land die einschlägigen Tatsachen festzustel-
len, und das Statistische Landesamt hat sich in einem um-
fassenden Gutachten zu der Sache geäußert, aus dem sich
ergibt, daß eine ziemlich schwierige Erhebung stattfinden
müßte.

Diese Erhebung würde sich zunächst einmal auf die
Frage des Rückgangs der Militärtauglich-
keit zu erstrecken haben. Die Frage ist bekanntlich eine
sehr umstrittene. Es ist erst jüngst eine Schrift von
einem hervorragenden Sachverständigen erschienen, der
den Nachweis versucht, daß sie nicht zurückgegangen sei,
sondern daß sie im Gegenteil zugenommen habe. Uebri-
gens sind die verschiedenen Gegenden des Reiches in die-
ser Beziehung auch außerordentlich verschieden.

Ferner kam die Unterernährung durch typische
Haushaltungsrechnungen einzelner länd-
licher Familien und Personen verschiede-
ner Berufe festgestellt werden. Derartige Rechnun-
gen sind auf Grund von Haushaltungsbüchern, die das
kaiserliche Statistische Amt hinausgegeben hat, bereits
da und dort erhoben worden. Ferner könnte die Fest-
stellung auch geschehen durch Erhebungen über die
Milchproduktion, über die Abfuhr von Milch und
Molkereiprodukten, getrennt nach industrieller und per-
sönlicher Verwendung, dann durch eine Statistik über
den Milchverbrauch auf dem Lande vor zehn Jahren und
in der letzten Zeit. Diese letztere Statistik würde natür-
lich besondere Schwierigkeiten bieten, da man sehr schwer
feststellen kann, was vor zehn Jahren an Milch verbraucht
worden ist; man könnte das nur auf einem mittelbaren
Wege tun, indem man die Zahl der Viehstücke, das durch-
schnittliche Ergebnis an Milch usw. ermittelt, wobei aber
dann allerdings doch auch noch die Entwicklung der Vieh-
zucht in diesen zehn Jahren zu berücksichtigen wäre. Fern-
er könnten diese Feststellungen geschehen durch Er-
hebungen über die Säuglingsernährung auf
dem Lande unter besonderer Berücksichtigung des
Milchmangels, weiter durch Erhebung über die Still-
häufigkeit und die Ursachen des Nichtstillens. Ueber
die Stillhäufigkeit haben wir bereits eine Statistik.
Diese Statistik wird gerade in der genannten Eingabe
als mustergültig bezeichnet, und es wird darauf hinge-
wiesen, daß in manchen unserer Landesgegenden noch
eine sehr große Stillhäufigkeit besteht, während aller-
dings in anderen Gegenden in dieser Beziehung sehr viel
zu wünschen übrig bleibe. Sodann kämen Erhebungen
über Schwangeren- und Wöchnerinnen-
pflege in Betracht; eine solche Wöchnerinnenpflege
findet ja zum Beispiel im Amtsbezirk Donaueschingen
durch besondere Wöchnerinnenpflegerinnen statt, eine
Einrichtung, die auf die Initiative der früheren Fürstin
von Fürstberg zurückzuführen ist. Weiterhin kämen
noch Erhebungen über die Notwendigkeit einer Schul-
finderspeisung auf dem Lande (wegen Weg-
falls des normalen Mittagessens) in Frage u. a. m.

Wir haben uns dann weiter an die anderen Regierun-
gen und ebenso an die Reichsbehörde mit der Anfrage ge-
wendet, ob nicht auch dort eine solche Erhebung für
wünschenswert erachtet werde, und ob sie nicht besser
von Reichs wegen stattfinden könne. Ich glaube, diese
letztere Frage wird wohl zu bejahen sein; es wird am
besten sein, wenn nun derartige Erhebungen von Reichs
wegen vornimmt, wir bekommen dann ein umfassendes
Bild, eine Erhebung auf einheitlicher Grundlage und
eine Darstellung für das ganze Reich.

Ich glaube also, auf diesem Gebiete ist bereits das Nö-
tige geschehen.

Es ist dann weiter über den Rückgang der Geburten bei uns geklagt worden. In dieser Beziehung haben wir aber wohl zu Befürchtungen keinen Anlaß; sowohl im Reich als bei uns in Baden hat sich im großen und ganzen die Zahl der Geburten und auch der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle in einer aufsteigenden Linie bewegt. Allerdings ist dann im Jahre 1905 ein Rückgang eingetreten, und diesen Rückgang hat wahrscheinlich der Herr Abgeordnete im Auge gehabt: Es betrug nämlich der Ueberschuß der Geburten gegen die Todesfälle im Jahre 1905 in Baden nur 25995, während er im Jahre 1904 26 491 betragen hatte. Im Jahre 1906 hat sich aber dann dieser Ueberschuß wieder auf 28069 erhöht und das ist eine sehr hohe Zahl, die höchste, die wir innerhalb der letzten Jahrzehnte erreicht haben. Ich wiederhole also: ein Grund zu besonderer Besorgnis ist hier nicht gegeben. Immerhin ist gegenwärtig in unserem Lande die Säuglingssterblichkeit eine große, und es ist sorgfältige Erforschung der Ursachen erforderlich. Es wird aber auch alle Sorgfalt auf diese Erforschung verwendet, und es bewegt sich die Tätigkeit der Regierung im wesentlichen in der Richtung, wie sie uns der Herr Abg. Nebmann als wünschenswert erklärt hat.

Von dem Herrn Abg. Brodmann ist eine ausgiebigere Unterstützung der Subbesetzlagsschüler, eine Unterstützung bis zu 100 M. gewünscht worden. Die Unterstützung erfolgt bereits in der gewünschten Höhe.

Der Herr Abg. Wittmann hat darüber geklagt, daß in Bounndorf eine landwirtschaftliche Winterschule noch nicht errichtet sei, obwohl mein Herr Amtsvorgänger am 24. April 1906 hier eine solche angekündigt habe. Mein Herr Amtsvorgänger hat damals gesagt, daß die Regierung gerne der Sache näherzutreten werde, „sofern die Gemeinde und der Kreis es wünschen“; es ist aber ein Wunsch der Gemeinde und des Kreises noch nicht an uns gelangt. Wenn das „aus Bescheidenheit“ geschehen ist, wie der Herr Abgeordnete gesagt hat, so ist die Bescheidenheit sehr anerkennenswert, doch — „weiter kommt man ohne ihr“ (Seiterkeit). Ich kann deshalb nur anheimgen, auf dem Wege übereinstimmender Erklärungen des Kreises wie des Bezirkes die Wünsche zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen.

Der Herr Abgeordnete ist auch auf die Flurschäden eingegangen (ich habe vorher übersehen, das gleichzeitig mit zu erledigen). Er hat gesagt, man sollte den Leuten doch auch eine Entschädigung geben für das Zuerwerfen der Schützengräben, ferner für das Umhacken und Umpflügen der von der Artillerie festgefahrebenen Erdrinde usw. Das geschieht aber bereits; es ist ausdrücklich vorgeesehen, daß auch für eine durch solche Beschädigungen erschwerte Feldbestellung Entschädigungen gewährt werden, und ich habe auch neulich in meiner Antwort auf die Anträge erwähnt, daß bei der Zusammenkunft der Kommissionen, welche unter dem Vorsitz des Landeskommissärs stattfindet, auch regelmäßig die Frage erörtert werde, ob und nach welchen Grundsätzen auch Entschädigung für erschwerte Feldbestellung zu gewähren sei.

Der Herr Abg. Wittmann hat dann den eigentlichen Wunsch kundgegeben, es möchte doch auch bei uns der Weinkontrollleur etwa eine halbe Million Liter Wein laufen lassen (Seiterkeit). Ich nehme an, daß er dabei an nichtbadische Weine gedacht hat (Seiterkeit). Ich möchte hoffen, daß der Weinkontrollleur nicht soviel badischen Wein findet, den er laufen lassen möchte.

Der Herr Abgeordnete hat dann den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung „nicht hart“ sein

möge, wenn an sie Gemeinden mit dem Bestreben herantreten, die Elektrizität zum Gemeingut zu machen. Die Regierung ist überhaupt nicht hart (Seiterkeit), sie ist aber insbesondere in dieser Beziehung nicht hart: denn sie hat ja bereits eine namhafte Beihilfe zur Elektrifizierung des Hohenwaldes gewährt, und es ist neulich von einer Seite gesagt worden, daß das dort segensreich gewirkt habe. Sie hat ferner in den Genehmigungsbedingungen für August-Byhlen ausdrücklich eine Stromerwertungs-gesellschaft vorgeesehen, die also gerade dem Zwecke dienen soll, weiteren Kreisen und namentlich auch den kleinen Leuten die Elektrizität dienstbar zu machen, und sie ist auch seitdem tätig gewesen, um eine solche Stromerwertungs-gesellschaft herbeizuführen. Sie hat sich ferner auch bemüht, wie schon neulich gesagt wurde, den Gemeinden, welche von Schaffhausen Kraft beziehen können, das zu ermöglichen. Die Verhandlungen mit der Schaffhausener Regierung und die Aussichten auf ein Zustandekommen einer Verständigung haben sich inzwischen noch verbessert; sie waren ja vorher schon gut.

Der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft und der Gewinnung des Kainits aus der Erde wendet die Regierung ihre volle Aufmerksamkeit zu. Es wird in dieser Beziehung nichts veräußert werden.

Es wurde dann der Wunsch geäußert, daß der Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter unter Strafe gestellt werden möge. Das wäre eine böllige Umkehr von unserer bisherigen Tradition und müßte daher einer sehr sorgfältigen Erwägung unterzogen werden. Ich glaube nicht, daß die Verhältnisse bei uns die Erwägung so eingreifender Maßnahmen nahelegen. Immerhin hätte diese Frage wohl zunächst die Landwirtschaftskammer zu beschäftigen.

Der Herr Abg. Wittmann hat dann ein Verkaufrecht für Gemeinden gewünscht, damit zum Verkauf stehende Güter nicht in die Hände der Spekulant fallen, sondern von den Gemeinden entweder für die Gemeinde selbst verwertet oder zerteilt an die Gemeindeangehörigen zu entsprechendem Preise abgegeben werden können. Ich glaube, daß ein solches Verkaufrecht, welches ja einer alten deutschen Einrichtung, der Marklozung, entsprechen würde, nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung eingeführt werden könnte. Ich glaube nicht, daß sich eine Aussicht auf Verwirklichung bieten würde. Der Gedanke aber, daß die Gemeinde derartige Güter erwerben sollte, ist einfach schon hervorgetreten, auch schon vielfach zur Verwirklichung gelangt, und hat immer die Förderung der Regierung gefunden. Die Regierung ist auch wiederholt dafür eingetreten, daß, wenn Domäne und Gemeinde miteinander in Wettbewerb als Liebhaber für ein Gut traten, dann der Gemeinde der Vortritt gelassen wurde. In dieser Richtung wird die Regierung auch fernerhin die Gemeinden zu fördern suchen.

Der Herr Abgeordnete hat dann gesagt, ich hätte die Landeskreditkasse in Aussicht gestellt. Das habe ich nicht getan. Ich habe gesagt, nach Abschluß der Verschuldungsstatistik würde man die Frage einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen haben, habe also eine Zusage in dieser Richtung nicht gegeben.

Was die hessische Landeskreditkasse betrifft, so hat eine aus anderer Veranlassung kürzlich erfolgte nähere Prüfung ergeben, daß die hessische Landeskreditkasse nicht billiger arbeitet als die Rheinische Hypothekbank. Wenn man näher zusieht, so findet man, daß die Rheinische Hypothekbank auch in dieser Beziehung allen billigen Anforderungen entspricht.

Es ist dann von demselben Herrn Abgeordneten gesagt worden, es seien ihm Klagen zu Ohren gekommen, daß bei der Viehversicherung die Verwaltungskosten zu hoch seien, die Schätzungen vielfach willkürlich und die Auszahlungen verspätet erfolgten. Mit derartigen allgemeinen Klagen kommt man nicht weiter! Es müssen einzelne Fälle bezeichnet werden, und es müßten diese Fälle zur Kenntnis der örtlichen Verwaltungsbehörde, des Bezirksamts gebracht werden. Dann wird jedenfalls die Abstellung der Mißstände erfolgen. Uebrigens ergibt sich aus dem Jahresbericht des Viehversicherungsverbandes und aus dem, was wir Ihrer Kommission darüber mitgeteilt haben, daß die örtlichen Verwaltungskosten im Jahre 1906 im ganzen rund 38000 Mark betragen haben gegenüber 400 000 Mark ungedecktem Aufwand, der umgekehrt war. Ich glaube nicht, daß das eine unvernünftige Belastung mit örtlichen Verwaltungskosten ist. Im übrigen ist ja schon gesagt worden, daß diese Verwaltungskosten in erster Reihe örtlich und von der Bezirksbehörde zu regeln sind.

Der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat es als einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden bezeichnet, daß der Bezirkstierarzt einen angekauften Faren der Gemeinde absprechen kann. Wenn das so wäre, so würde das allerdings ein Eingriff sein. Indessen die Gemeinde hat das Recht, eine abermalige Forderung zu verlangen. Diese Forderung geschieht dann unter Zuzug eines vom Ministerium entsandten Sachverständigen, und die Kommission, die dann ihr Urteil abgibt, entscheidet endgültig. Ich glaube, in dieser Beziehung ist zur Wahrung berechtigter Interessen alles geschehen.

Derselbe Herr Abgeordnete hat wiederholt die Klage vorgebracht, daß die Kleinbauern nichts von der Viehprämierung hätten, und er hat dann Bezug genommen auf eine Mitteilung des Herrn Geh. Oberregierungsrats Nebe in der Landwirtschaftskammer über die Beteiligung der Kleinbauern an den zuerkannten Prämien. Diese Mitteilung beruht auf einer Erhebung, die schon vor Jahren stattgefunden hat. Es hat sich aber als notwendig gezeigt, die Wichtigkeit der wiederholt aufgetretenen Behauptung auf Grund neuerer Daten zu prüfen, und in dieser Beziehung ist nun für die diesjährige Viehprämierung das Erforderliche geschehen. Es muß nämlich nunmehr in den Anmelde-Listen der Viehbesitzer jedes einzelnen sich Anmeldenden angegeben werden. Man wird nachher sehen, ob in der Tat die kleineren Viehbesitzer bei der Viehprämierung weniger gut wegkommen als die größeren.

Die Frage, ob der Bezirkstierarzt im eigenen Bezirk nicht Preisrichter sein soll, wird einer Prüfung zu unterziehen sein anlässlich der Durchsicht der Prämierungsvorschriften überhaupt, die wir bereits in Aussicht gestellt haben. Ich möchte aber nur darauf aufmerksam machen, daß, wenn der Bezirkstierarzt der Prämierung in seinem eigenen Bezirk nicht anwohnt (und wenn er in einem anderen Bezirk tätig sein muß, wird er ihr vielfach nicht anwohnen können), ihm dann eine sehr wertvolle Kenntnis entgeht, deren er für seine Tätigkeit wohl nicht entzagen kann. Für die Bezirkstierärzte ist im übrigen manch freundliches und gutes Wort gefallen, wofür ich sehr dankbar bin.

Ebenso bin ich dankbar, daß die Tätigkeit des Weinlehrers Dümmler hier eine warme Anerkennung gefunden hat.

Was die Klagen des Herrn Abg. Schmidt betrifft über die Notwendigkeit, das nicht bankwürdige Fleisch in den Landgemeinden auf der Freibank feilzuhalten, so

dürften diese Klagen wohl auf einem Mißverständnis beruhen. Es sagt nämlich die Verordnung meines Ministeriums vom 17. Januar 1903 „Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau betr.“ in § 15: Nicht bankwürdiges Fleisch usw. darf „nicht in Fleischbänken, Läden usw. sondern nur auf der „Freibank“ oder sonst unter ortspolizeilicher Kontrolle“ feilgehalten werden. Es genügt also eine ortspolizeiliche Kontrolle. Es ist keineswegs das Feilhalten auf der Freibank gefordert. Diese ortspolizeiliche Kontrolle kann sich in den Landgemeinden, namentlich in den kleineren, in sehr einfacher und keineswegs belästigender Weise vollziehen.

Der Herr Abgeordnete hat dann gesagt, daß ein Reichsgesetz in Aussicht stehe, welches verbiete, Milch ungekocht in Verkehr zu bringen, welche von tuberkulösen Kühen herrühre. Davon, daß eine derartige reichsgesetzliche Bestimmung in Aussicht steht, ist mir nichts bekannt. Dagegen ist das, was der Herr Abg. Schmidt verlangt, bereits bestimmt in einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 10. Mai 1902, den Verkehr mit Milch betr. Da heißt es in § 4: „Milch von Kühen, welche an Maul- und Klauenseuche oder an Tuberkulose leiden, . . . darf nur abgekocht oder sterilisiert in Verkehr gebracht werden.“ Der Herr Abgeordnete hat nun gefragt, ob diese Bestimmung auch dem Ausland gegenüber gilt. Die Bestimmung gilt auch dem Ausland gegenüber; wie sie aber dem Ausland gegenüber durchzuführen ist, das entzieht sich meiner Kenntnis. Indessen kommt für uns als Ausland nur die Schweiz in Betracht, und es ist neulich schon von dem Herrn Geh. Oberregierungsrat Nebe gesagt worden, daß zurzeit Milch von maul- und klauenseuchefranken Tieren aus der Schweiz nicht eingeführt werde, da in den Teilen der Schweiz, aus denen Milch eingeführt wird, die Maul- und Klauenseuche nicht herrscht. Das Vorhandensein von Tuberkulose allerdings entzieht sich unserer Kenntnis. Diese Frage wird einer Prüfung bedürfen, und bin ich für die Anregung dankbar.

Von anderer Seite ist der Wunsch nach scharfer Bekämpfung der Tuberkulose des Viehs ausgesprochen worden. In dieser Beziehung wird das neue Reichsgesetz das nötige bringen. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine sehr schwierige aber auch sehr wichtige Aufgabe. Es ist zu hoffen, daß wir mit dem neuen Reichsgesetz einen großen Schritt vorwärts machen.

Der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat dann noch gewünscht, daß die Bezirkstierärzte sich mehr für die schlappohrigen Schweine interessieren möchten (Geiterkeit). Ueber die Rasse, welche zu wählen sei, entscheidet die Gemeindebehörde; und wenn die Gemeindebehörde eine Vorliebe für Schlappohren hat, so wird sich der Bezirkstierarzt dem wohl nicht entgegensetzen (Geiterkeit).

Abg. Gölacher (Zentr.): Die Landwirtschaftsfrage ist in dieser langen Debatte ausgiebig behandelt worden. Auch war es mein Freund Schüller, der in seinem Bericht sowohl wie in seinen Ausführungen am Freitag eben diese für den Mittelstand so hochwichtige Frage ausführlich behandelt hat, wofür ihm auch seitens der Regierung Anerkennung zuteil wurde. Es ist schwer für einen, der nicht Tag für Tag in diesem Berufe tätig ist, in eine so ausgedehnte Debatte neue Gesichtspunkte hineinzuworfen. Neu aber dürfte für Sie in diesem hohen Hause wohl sein, wenn sich auch einer vom Schwarzwald erlaubt, über die Weinfrage hier einige Worte zu sprechen, allerdings in einem anderen Sinne, als es heute von meinem Freunde Schmudt geschah, oder als sie von der Regierungsbank soeben besprochen wurde.

Wie Sie ja alle wissen, bauen wir droben auf dem Schwarzwald keinen Wein. Trotzdem trinken wir einen guten Tropfen gerade so gern wie die übrigen Landesfinder, die ihren Wohnsitz in gelegeneren Gegenden aufgeschlagen haben. Insbesondere trinken wir den Wein gern, wenn er gut und reell ist. Nun lesen wir in den Tageszeitungen, und wir haben es hier in den letzten Tagen Tag für Tag hören können, daß die Rebbaupen nicht in der Lage sind, ihr Gewächs so, wie es der liebe Gott, um des Menschen Herz zu erfreuen, hat wachsen lassen, abzusehen und zu verkaufen, trotzdem der Weinkonsum bedeutend zugenommen hat. Wie uns nun der Herr Abg. Schüller mitgeteilt hat und uns aus den Zeitungen bekannt geworden, ist zurzeit ein neues Weingesetz in Aussicht, welches verschärfte Maßnahmen enthalten soll, um der Weinpanscherei endlich Einhalt zu gebieten. Daß unser Weingesetz, wie es bis zur Stunde besteht, nichts taugt, kann ich Ihnen an einem Beispiel beweisen, für das ich voll und ganz einstehen kann. Ein Weinbändler wurde im vorigen Jahr beauftragt, ein Quantum von 2500 Liter Wein zu liefern. Er entnahm diesem Quantum 600 Liter Wein und setzte 600 Liter Wasser bei, was eidlich durch Zeugen festgestellt ist. In der schöffengerichtlichen Verhandlung wurde er wegen Betrugs und Weinfälschung mit 150 bzw. 200 M. gestraft, in der Berufungsinstanz wurde er aber von der Anklage wegen Betrugs freigesprochen. Der Verteidiger hatte klarzulegen versucht, daß der Betreffende sich gegen das Gesetz nicht vergangen habe, daß das, was er an dem Wein vorgenommen hat, nicht zu bestrafen sei. Die Staatsanwaltschaft hat die betreffende Äußerung des Verteidigers unwiderrprochen gelassen, so daß es auf die Schöffen und das anwesende Publikum den Eindruck machte, als ob der Weinbändler vollauf im Sinne des Gesetzes gehandelt habe. Dieser hat nun wiederum gegen Bestrafung wegen Weinfälschung rekurrirt, und es wird abzuwarten sein, ob er hier nicht auch wiederum freigesprochen wird. (Abg. Pfeiffle: Es gehört nur Geld dazu!).

Nun hat der betreffende Weinbändler an dem anderen Wein in seinem Keller ähnliche Manipulationen vorgenommen. Dieser Wein wird dann an die Wirte verkauft, und es ist mir bekannt, daß er zu 38 Pf. abgesetzt wird. Dieser Wein wird bei Hochzeiten und anderen Anlässen verschänkt, der halbe Liter zu 70 Pf., der Liter also zu 1.40 M. Wenn Sie bedenken, daß der Wein einen realen Wert von 15 bis 20 Pf. hat, und wenn Sie weiter bedenken, daß eine Milchfrau, die einem Liter Milch eine Kleinigkeit Wasser zusetzt, so daß der Konsument um 1 oder 2 Pf. geschädigt ist, wegen Betrugs bestraft wird, so müssen Sie den Betrug des Weinbändlers doch für viel schwerer halten. Denn wenn Sie es prozentual ausrechnen, macht der Schaden des Konsumenten bei der Milchfälschung ungefähr 5 Proz. aus, bei der geschilderten Weinfälschung aber etwa 800 Proz.

Nun soll der Wein bekanntlich auch als Arzneimittel dienen, und es kommt sehr oft vor, daß der Arzt anordnet, daß der Patient täglich ein Glas Wein trinken solle, um sich zu kräftigen. Es gibt aber Familienväter, arme Arbeiter, die genötigt sind, ihr Glas Wein in der Wirtschaft zu trinken, das hierzu nötige Geld muß nach Umständen den anderen Familienangehörigen am Munde abgepart werden. Trinkt nun der Kranke ein Glas solchen Weines, dann ist dieser seiner Gesundheit eher nachteilig als förderlich. Da wäre es sehr am Platz, wenn das Gesetz mit aller Schärfe durchgeführt würde, sonst hat der Wein seinen Zweck, den Kranken zu genesen und den Gesunden zu kräftigen, vollständig verfehlt. Bei solch unrellem Verfahren werden nicht nur der Weinkonsument geschädigt und der Rebbaupen, sondern insbesondere auch

die realen Weinbändler. Daß bei solchen Manipulationen das Vertrauen auch zu den realen Weinbändlern, und solche wohnen Gott sei Dank auch auf dem Schwarzwald, gewaltig sinkt, ist ja selbstverständlich.

Dann haben der Herr Abg. Schüller und auch noch verschiedene andere Redner über die Schaffung einer Landeskreditkasse gesprochen und die Gründung einer solchen empfohlen. In dieser Beziehung sind wir dem Handwerk doch schon einige Schritte weiter, wir haben im Gewerbe schon seit 30 und 40 Jahren die Vorschussvereine und Gewerbebanken, und diese Institute sind im Laufe der Jahre finanzkräftig geworden und haben sich in der letzten Zeit und besonders im letzten Jahre bei den ungeheuren hohen Geldpreisen außerordentlich wohlthuend erwiesen. Der Handwerker muß seine Lieferanten innerhalb dreier Monate bezahlen, er ist aber in den meisten Fällen nicht in der Lage, seine Rechnungen in dieser Zeit an seine Kundschaft auszufertigen und das Geld zu bekommen. Da kann er sich an die Vorschussvereine wenden, und ich kann versichern, daß mancher kleine Handwerker seine Existenz vollständig diesen Vorschussvereinskassen verdankt. Wir haben z. B. in Billingen eine Vorschussvereinsbank, die im letzten Jahre mit einem Umsatz von 78 Millionen und mit einem Nutzen von 47 000 M. abgeschlossen hat. Dieser Nutzen ist ja im Verhältnis zum Umsatz sehr gering, aber es ist eben lediglich Zweck und Ziel dieser Vorschussvereinskassen, dem Handwerker billiges Geld zu beschaffen. Ein Teil dieses Reingewinnes wird noch zu gemeinnützigen Zwecken verwendet.

Der Landwirt ist ja leider in finanziellen Angelegenheiten von noch mehr Zufällen abhängig als der Handwerksmann. Der Landwirt hat damit zu rechnen, daß er durch schlechtes Wetter, durch Mäuseplage, durch Frost oder durch Umstehen eines Stückes Viehes im Stalle finanzielle Schwierigkeiten kommen kann, mit denen er nicht gerechnet hat; wenn ihm da ein Institut zu Gebote steht, wie er das in der Landeskreditkasse wünscht, dann wäre ihm über sehr viele Mißlichkeiten hinausgeholfen.

Dann hat der Herr Abg. Wittenmann empfohlen, die Regierung möge, wie sie für die Erbauung von Straßen und Wasserleitungen Beiträge gibt, auch Beiträge zu der Erstellung von elektrischen Zentralfen geben. Es hat mich sehr gefreut, vorhin vom Herrn Minister zu hören, daß die Regierung da schon den Anfang gemacht hat, und ich bin auch überzeugt, daß der Segen hier nicht ausbleiben wird. Der Landwirt ist heute so gut wie der Handwerker auf Maschinen angewiesen, wer heute nicht mit Maschinen arbeitet, sei es im Handwerk oder im Gewerbe, der kommt nicht mit, der kommt zurück. Viele Landwirte haben sich nun darauf verlegt, sich Motore, und zwar Benzinmotore und Petroleummotore u. dgl. anzuschaffen; dazu gehört aber ein größeres Anlagekapital und dazu gehören auch gewisse Fachkenntnisse. Man muß schon ein Mechaniker sein, wenn man alle die Launen dieser Motore bewältigen will. Deshalb wird die Landwirtschaft von der Anschaffung von Elektromotoren einen größeren Vorteil haben, denn diese stehen in den Anschaffungskosten bedeutend hinter den anderen Motoren zurück und sind einfacher zu handhaben; ihre Einführung wäre deshalb sehr wünschenswert.

Es müßte nun die Regierung, und das ist ja schon von dem Herrn Vertreter der Regierung ausgesprochen worden, die im Schwarzwald vorhandenen Wasserkräfte, und insbesondere auch die Kräfte des Rheines, der Landwirtschaft und dem Handwerk billig beschaffen, sie kann das billiger, als wenn die notwendige Kraft aus der Kohle gewonnen werden muß. Also billige Kraft und billige

Geld, dann ist der Landwirtschaft ein großer Schritt vorwärts geholfen, und auch die Regierung darf versichert sein, daß die Landwirtschaft dafür dankbar sein wird.

Dann ist auch von verschiedenen Seiten empfohlen worden, man möge die Mobiliarversicherung auch auf den Staat übernehmen. Von der Nützlichkeit eines solchen Schrittes bin ich ja selbstverständlich als Bewohner des Schwarzwaldes durchaus überzeugt, denn ich kenne die Klagen, die da, besonders von Landwirten, deren Häuser noch teilweise mit Schindeln gedeckt sind, geführt werden. Die Versicherungen nehmen diese Bauern nicht auf, und der Landwirt riskiert so, daß er über Nacht von einem wohlhabenden Bauern zum Bettler wird. Ich möchte daher die Regierung bitten, diesen Vorschlag sobald als möglich näher zu treten. (Beifall beim Zentrum.)

Beh. Oberregierungsrat Rebe: Ich will kurz auf einige Anregungen und Wünsche zunächst aus der Samstagsitzung eingehen.

Zuvor möchte ich aber eine Anfrage des Herrn Abg. Schüller beantworten, welche die praktischen Unterrichtskurse in der landwirtschaftlichen Geräte- und Maschinenkunde betrifft. Der Herr Abgeordnete hat eine Position für diese Kurse im Budget vernimmt und daraus vielleicht geschlossen, es sei beabsichtigt, diese Kurse künftig nicht mehr abzuhalten. Das trifft aber nicht zu. Diese Kurse haben ja, wie der Herr Abgeordnete selbst mitgeteilt hat, großen Anflug gefunden, und wir wollen sie auch beibehalten. Im Budget war aber niemals eine Position dafür vorhanden, sondern wir schöpfen die Mittel aus § 39 des Titel XVI.

Am Samstag haben sich nun einige Herren Redner über das Gebiet des Rebbaues und über das neue Weingesetz verbreitet. Auf das letztere Gebiet hat sich ja auch heute der Herr Abg. Görlacher begeben, ich will aber auf das neue Weingesetz hier nicht eingehen, sondern nur einige auf den Rebbaubegüßliche Anregungen kurz verfolgen.

Der Herr Abg. Pfefferle hat als wirksames Mittel zur Verjüngung der Reben die Gewährung von Prämien für Neuanlagen empfohlen, ähnlich wie solche für Aufforstungen bewilligt werden. Diese Anregung erscheint uns recht beachtenswert, und wir werden prüfen, ob und inwieweit wir Mittel für diesen Zweck flüssig machen können.

Sodann hat der Herr Abg. Plankenhorn gewünscht, daß in der Rebenbeschädigungsbekämpfung mehr gethabe, wobei er insbesondere darauf abgehoben hat, daß sich die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg hierbei praktisch betätigen möge. Die Beamten dieser Anstalt stehen jederzeit für Unterweisungen und Anleitungen zur Verfügung, aber praktische Versuche auf der Anstalt können einweilen nicht vorgenommen werden, weil der Rebbesitz der Anstalt noch zu jung ist und erst herangezogen werden muß. Wenn die Reben sich soweit entwickelt haben, daß sie für Versuche in Betracht kommen, wird die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg auch diese Versuche in ihren Aufgabenkreis aufnehmen und insbesondere auch etwa neu empfohlene Mittel erproben.

Es hat alsdann der Herr Abg. Morgenthaler einen bereits auf dem vorigen Landtage geäußerten Wunsch wiederholt, nämlich daß bedürftigen Gemeinden, die in ihrem Rebgelände Wege anlegen wollen, staatliche Beihilfen bewilligt werden möchten. Es ist dem Herrn Abg. Morgenthaler auf dem letzten Landtag schon erwidert worden, daß Mittel für derartige Unterstützungen nicht zur Verfügung stehen, und

daß man den Gemeinden empfehlen müsse, solche Anlagen im Feldbereinigungsverfahren herzustellen, wobei ja der Staat ohnehin schon nach dem Gesetz einen gewissen Teil der Kosten auf die Staatskasse übernimmt.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat darüber geklagt, daß die Weinbaubezirke zu klein wären, wodurch die Verjüngung von Seklingen sehr erschwert sei. Die Einteilung unseres Rebgebiets im Weinbaubezirke beruht auf dem Reblausgesetz, und zwar ist das Großherzogtum Baden in 6 Weinbaubezirke eingeteilt. Es besteht nun die Vorschrift, daß Seklinge, also Wurzelreben und Blindreben, nur innerhalb des Weinbaubezirkes ungetrennt verhandelt werden dürfen, daß aber zu einer Verjüngung über die Grenzen eines Weinbaubezirkes hinaus die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich ist, die übrigens, wenn keine besonderen Anstände vorliegen, immer erteilt wird. Nun ist es aber geradezu ein Vorteil, wenn die Weinbaubezirke nicht zu groß sind, und zwar deswegen, weil im Falle des Auftretens der Reblaus und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, Abperrungsmahregeln zu treffen, es doch für den badischen Rebbaubesser ist, wenn diese Abperrungsmahregeln sich auf ein kleineres Gebiet beschränken, als wenn sie eine sehr große Ausdehnung annehmen. Deshalb haben wir die Weinbaubezirke möglichst klein gestaltet.

Sinsichtlich der Bienezucht hat der Herr Abgeordnete Pfefferle die Anstellung einer Art Zuchtinspektor für Bienezucht nach dem Vorgange Bayerns gewünscht. Diese Anregung wird sich wohl decken mit einem Wunsche, den der Landesverein für Bienezucht vor einiger Zeit dem Ministerium des Innern vorgetragen hat, nämlich auf Anstellung eines Bienezüchters. Dem Landesverein für Bienezucht ist auf sein Gesuch eröffnet worden, daß bei der jetzigen Finanzlage die Anstellung eines solchen Wanderlehrers nicht in Betracht gezogen werden könne, daß man sich aber für eine spätere Budgetperiode die Erwägung vorbehalten wolle, ob auf ein derartiges Gesuch eingegangen werden könne. Ich kann heute eine andere Auskunft nicht erteilen.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat alsdann die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß der Sanfbau wieder eine gewisse Belebung erfahren habe, und zwar durch Ankäufe von Hansf, welche seitens der mit dem Reichsmarineamt in Verbindung stehenden Tauwerffabrikanten in den in Betracht kommenden Bezirken gemacht worden seien. Obwohl nun anzunehmen ist, daß, wenn diese Ankäufe fort dauern, der Sanfbau schon an und für sich wieder mehr Beachtung bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung finden wird, so glaubt der Herr Abgeordnete Morgenthaler doch, daß es sich empfehlen würde, noch besondere fördernde Maßnahmen zu treffen, und er hat in dieser Hinsicht insbesondere die Einführung von Prämien vorgeschlagen. Wir werden auch diese Anregung einer Prüfung unterziehen, wobei aber schon jetzt zu bemerken ist, daß natürlich für derartige Prämien nicht die gleichen Gesichtspunkte in Betracht kommen wie für die Tabakprämien.

Es ist dann Herr Abg. Pfefferle wieder auf die Geflügelzuchtanstalt zurückzukommen, und er hat diese Anstalt auch dieses Mal wieder energisch für die Hochburg reklamiert. Er hat sogar gesagt, daß eine gewisse Mißstimmung im Oberland hervorgerufen werden könnte, wenn diese Anstalt nicht auf die Hochburg käme. Wenn die Anstalt nicht auf die Hochburg kommt, so geschieht es doch lediglich aus sachlichen Erwägungen, und es liegt kein Grund zu Mißstimmung vor. Im Uebrigen ist ja auch darauf hinzuweisen, daß nunmehr die Saatuchtanstalt auf die Hochburg kommen soll, wodurch doch ein gewisser Ersatz beschafft

ist. Der Herr Abgeordnete Pfefferle ist nun mit einem neuen Vorschlag herorgetreten. Er hat vorgeschlagen, die Anstalt nicht auf die Hochburg selbst sondern in die Nähe in die Ebene, vielleicht zwischen Emmendingen und Windenreute, zu legen. Ich glaube aber doch, daß dort alles verfügbare Gelände für die Heil- und Pflanzanstalt Emmendingen in Anspruch genommen ist, und ich kann mir nicht recht denken, daß ein passender Platz gefunden werden könnte. Wenn übrigens der Herr Abgeordnete Pfefferle etwa nach Benehmen mit den Gemeindebehörden einen bestimmten Vorschlag machen könnte, so wären wir gerne bereit, denselben einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Die interessantesten Ausführungen des Herrn Abg. Geppert über den Obstbau hat der Herr Ministerialpräsident schon zum Teil behandelt. Ich möchte auf dieselben auch noch kurz eingehen. Sie haben ihren Ausgang von der Jubiläumsausstellung in Mannheim genommen, bei welcher ja auch der badische Obstbau hervorragend beteiligt gewesen ist. Es kann nun den Ausführungen des Herrn Abg. Geppert darin durchaus beigepflichtet werden, daß diese Ausstellung sehr interessant und belehrend gewesen ist; und so weit sich aus den dabei gemachten Erfahrungen etwa Konsequenzen für die staatliche Förderung des Obstbaues ergeben, ist die Großh. Regierung gerne bereit, diese Konsequenzen zu ziehen. Der badische Obstbau hat ja auf dieser Ausstellung im Ganzen gut bestanden. Er hätte vielleicht noch besser bestanden, wenn nicht gerade im Jahre zuvor die große Ausstellung in Karlsruhe gewesen wäre, die ja auch mit einer reichhaltigen Obstausstellung verbunden war. Dies hatte zur Folge, daß die staatlichen Mittel, welche für das landwirtschaftliche Ausstellungswesen zur Verfügung standen, erschöpft waren, und daß auch eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit eingetreten war, wie dies immer der Fall ist, wenn sich Ausstellungen zu rasch folgen. Der badische Obstbau ist hierdurch immerhin in einem gewissen Nachteile gegenüber dem Obstbau anderer Länder gewesen, insbesondere derjenigen Länder, die der Herr Abgeordnete Geppert zur Vergleichung herangezogen hat, also Hessen und Bayern. Bei einer Vergleichung der Leistungen des badischen Obstbaues mit dem Obstbau der genannten Länder muß jedenfalls das angeführte Moment eine gewisse Beachtung finden. Wenn der badische Obstbau auf der Ausstellung in Mannheim gleichwohl noch sehr gut abgeschnitten hat, so ist dies wohl in der Hauptsache dem Einspringen der Kreise, namentlich aber auch der durchaus unermüdbaren und zielbewußten Tätigkeit des Herrn Abg. Geppert und des Herrn Grafen Viktor v. Selmsadt zu verdanken, was auch an dieser Stelle ausdrücklich anerkannt sei. (Beifall.)

Der Herr Abg. Geppert hat eine Anzahl von Wünschen in bezug auf den Obstbau geäußert, auf die der Herr Ministerialpräsident zum Teil schon eingegangen ist. Ich kann mich daher in dieser Beziehung kurz fassen. Nur auf Eines muß ich etwas eingehender zurückkommen. Herr Geppert hat nämlich gewünscht, daß etwas mehr Einheitlichkeit in die obere Leitung unseres Obstbaues gebracht werde, und er hat hierbei auf das Beispiel Bayerns verwiesen, das einen besonderen Konsulenten für die obere Leitung des Obstbaues angestellt habe. Bayern hat allerdings nach unseren Feststellungen im Jahre 1900 einen sogenannten Staatskonsulenten für den Obst- und Gartenbau angestellt, der die Aufgabe hat, im Benehmen mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen und Landwirtschaftslehrern auf Hebung des Obst- und Gartenbaues hinzuwirken, und der dies zu betätigen hat durch eine umfassende Wanderlehrertätigkeit, durch Abhaltung von

Vorträgen, von Kursen, durch die Förderung des Vereinswesens und durch entsprechende Veröffentlichungen in Zeitschriften. Das ist doch im ganzen die gleiche Aufgabe, die auch unsere staatlichen Obstbautechniker haben, und es besteht nur der eine Unterschied, daß die beiden badischen Obstbautechniker, zu denen sich ja jetzt noch ein dritter gesellen soll, nicht im Ministerium des Innern ihren Dienstort haben sondern innerhalb ihres Wirkungsbereiches. Im Uebrigen empfangen sie aber ihre Befehle vom Ministerium, dem sie auch direkt unterstehen; die Fäden laufen auch bei uns im Ministerium, und zwar in der Person des technischen Referenten für Landwirtschaft, zusammen. Ich glaube also, in dieser Beziehung hat Bayern nicht gerade etwas vor uns voraus. Im übrigen findet die Förderung des Obstbaues in Bayern, abgesehen von den Obstbauschulen und den an diesen angestellten Fachlehrern, hauptsächlich durch Kreisobstbaulehrer statt, ebenso auch in Hessen, und es wäre nun außerordentlich wünschenswert und dankenswert, wenn auch bei uns die Kreise mit der Zeit dazu übergingen, besondere Obstbaulehrer anzustellen, wie dies ja jetzt erfreulicher Weise seitens der Kreise Heidelberg und Mannheim bereits geschehen ist. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß ja einer unserer Obstbautechniker, Herr Landwirtschaftsinspektor Bach, auch zugleich Vorstand des Landes-Obstbauvereins ist, sodas auch in dieser Hinsicht eine gewisse Garantie für ein einheitliches Zusammenwirken zwischen dem Staate und dem Landesverein für Obstbau gegeben ist.

Weitere Wünsche des Herrn Abg. Geppert bezogen sich auf Sortenvereinfachung, Sortieren, Verpacken des Obstes und auf die Pflege der Bäume. Allen diesen Dingen wird in unseren staatlichen Obstbaulehrern ein genaues Augenmerk gewidmet, und soweit etwa der Landesobstbauverein noch weitergehende Maßnahmen wünschen sollte, so bitten wir, uns dieselben bezeichnen zu wollen.

Der Herr Abg. Geppert hat auch für wünschenswert erachtet, daß die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg sich bei der Bekämpfung der Obstschädlinge praktisch beteilige. Auch dieses geschieht schon, und zwar werden derartige Versuche nicht nur in dem Gelände der Anstalt vorgenommen sondern auch außerhalb der Anstalt, draußen im Lande, wenn eine diesbezügliche Anzeige erstattet wird und die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt gewünscht wird. Es legen auch zahlreiche Veröffentlichungen in den landwirtschaftlichen Fachzeitungen hiervon Zeugnis ab.

Endlich hat der Herr Abg. Geppert noch eine Vertiefung und weiteren Ausbau des Obstbauunterrichtes an den landwirtschaftlichen Winterschulen empfohlen. Das ist wohl zunächst Sache der Kreise; denn diese landwirtschaftlichen Winterschulen sind ja in erster Reihe Unternehmungen der Kreise. Uebrigens würde sich eine sehr große Erweiterung des Obstbauunterrichtes wohl nicht ermöglichen lassen, da die landwirtschaftlichen Winterschulen mit Lehrstoff an und für sich stark belastet sind.

Vom Herrn Abg. Wittmann ist der Wunsch nach der Errichtung von ländlichen Fortbildungsschulen ausgesprochen worden; ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß er landwirtschaftliche Fortbildungsschulen gewünscht hat. Die Frage der Errichtung von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ist ja auf dem letzten Landtage eingehend erörtert worden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß bei uns ein sehr dringendes Bedürfnis nach Errichtung solcher Schulen nicht besteht, da in den ländlichen Fortbildungsschulen ausreichend für Lehrstoff in der Landwirtschaft gesorgt ist. Es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß

große Schwierigkeiten im Wege stehen, daß namentlich die Beschaffung von Lehrkräften sehr schwer sein würde. Den Landwirtschaftslehrern könnte dieser Unterricht nicht übertragen werden, und es bliebe nur als Aushilfsmittel, Volksschullehrer in besonderen Kursen in Stand zu setzen, diesen Unterricht zu erteilen. Das hat aber auch seine Schwierigkeiten; denn das Gebiet der Landwirtschaft ist ungeheuer groß, und es wird denjenigen Volksschullehrern, die nicht schon von Haus aus sich mit der Landwirtschaft befaßt haben, schwer werden, sich in kurzer Zeit in diesen großen Stoff einzuarbeiten oder ihn wenigstens so zu bewältigen, daß sie im Stande sind, einen nutzbringenden Unterricht zu erteilen. Ein solcher Versuch ist in letzter Zeit in Hessen gemacht worden. In Hessen sind eine Anzahl Volksschullehrer an der landwirtschaftlichen Abteilung der Universität Gießen in der Landwirtschaft ausgebildet worden, und es wurden dann auch landwirtschaftliche Fortbildungsschulen errichtet. Es ist uns aber von dort mitgeteilt worden, daß die Sache noch so in den Anfängen ist, daß noch keine Erfahrungen vorliegen und deswegen noch nicht beurteilt werden kann, wie sich die Sache bewährt. Wir werden sie jedenfalls im Auge behalten und werden nach einiger Zeit wiederum nach den Erfahrungen in Hessen uns erkundigen.

Der Herr Abg. Wittemann hat darauf hingewiesen, daß auch im preussischen Landesökonomikollegium diese Frage behandelt worden sei, und daß man sich dort sehr dafür ausgesprochen habe. Demgegenüber muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß der preussische Landwirtschaftsminister in einer Sitzung des Landesökonomikollegiums folgendes geäußert hat: „Vermengen wir nicht unser ländliches Fortbildungswesen mit unserem niederen landwirtschaftlichen Schulwesen. Das eine ist gewissermaßen die Erweiterung des in der Schule Gelernten, das andere sind lediglich Schulen, die dazu bestimmt sind, unseren kleinen und mittleren Besitz in seiner Praxis zu unterstützen.“ Es hat also hier die oberste Stelle der landwirtschaftlichen Verwaltung eine nicht gerade günstige Stellung zu dieser Frage eingenommen.

Der Herr Abg. Wittemann hat dann auch noch die Notwendigkeit betont, die landwirtschaftliche Bevölkerung immer mehr mit der landwirtschaftlichen Buchführung bekannt zu machen. Dafür ist schon einigermaßen vorgesorgt. Die landwirtschaftliche Buchführung wird in den ländlichen Fortbildungsschulen und in den Landwirtschaftsschulen gelehrt, auch sind die landwirtschaftlichen Bezirksvereine ersucht worden, noch besondere Veranstaltungen zu treffen, falls dies nach den Bedürfnissen des Bezirkes als erwünscht erscheint. Der Herr Abg. Sängler hat auch mitgeteilt, daß der Konsumvereinsverband Kurze über die landwirtschaftliche Buchführung abhalten läßt.

Ich möchte dann noch eine Bemerkung des Herrn Abg. Wittemann richtig stellen, die sich auf die Viehprämierung bezieht. Ich habe in der Sitzung vom Samstag nicht etwa erklärt, daß ich gegen eine Aenderung der Grundbestimmungen für die staatliche Viehprämierung sei, sondern ich habe nur dem widersprochen, daß die Bestimmungen veraltet seien, weil die Bestimmungen im Jahre 1897 einer Revision und auch teilweisen Abänderung unterzogen worden sind. Im übrigen habe ich auch gesagt, daß die Landwirtschaftskammer die Sache prüfen wird, und daß wir alsdann selbst in eine Prüfung der Frage eintreten werden, inwieweit eine Aenderung sich empfiehlt. Es können hierbei auch die Anregungen des Herrn Abg. Brodmann in Betracht gezogen werden.

Was den Wunsch des Herrn Abg. Sängler betrifft, daß die landwirtschaftliche Versuchsanstalt sich mehr der

Untersuchung von Milch widmen möchte, so ist dies in den alten Räumen der Versuchsanstalt nicht möglich gewesen. Es war unmöglich, Untersuchungen in größerem Umfange in diesen engen und gedrängten Räumen vorzunehmen. Nachdem aber die Versuchsanstalt jetzt ihre neuen Räume bezogen hat, haben wir dort ein landwirtschaftliches Laboratorium eingerichtet, und es wird nunmehr der neue Vorstand die Sache organisieren. Wir behalten uns vor, die Kollereien hiervon in Kenntnis zu setzen.

Der Herr Abg. Brodmann hat bedauert, und es haben dies, glaube ich, auch schon einige andere Herren Medner gesagt, daß für die Förderung der Schweinezucht nur ein Betrag von 14 000 M. in das Budget eingestellt worden ist. Eine Erhöhung dieser Summe ließ sich aber angesichts der Finanzlage absolut nicht ermöglichen, und aus diesem Grunde wird es auch nicht angehen, der Anregung des Herrn Abg. Brodmann, mit unseren Farenaufzuchtstationen Schweinezuchtstationen zu verbinden, vorerst näher zu treten.

Vom Herrn Abg. Schmidt wurde als nicht entsprechend bezeichnet, daß der Viehbestand der Erziehungsanstalt Flehingen sich an der Viehprämierung beteiligt. Er hat gewünscht, daß diese Tiere mindestens außer Konkurrenz bleiben möchten. Ich halte das auch für billig, und ich glaube auch, daß eine derartige Anordnung bereits getroffen ist. Wenn das aber nicht der Fall sein sollte, sind wir gerne bereit, eine entsprechende Verfügung zu erlassen.

Dem Bedauern des Herrn Abg. Reiff, daß die Ortsviehversicherungsanstalten nicht mehr zunehmen, kann die Groß-Regierung sich nur anschließen. Es sind eben noch viele Vorurteile zu überwinden, die Sache wird sich aber doch mit der Zeit Bahn brechen. Nach unseren Wahrnehmungen lassen es wenigstens die landwirtschaftlichen Vereine und ebenso die Bezirksärzte und auch die Bezirksamter an den nötigen Anregungen und Aufmunterungen nicht fehlen. Daß die als Beiträge zu den Kosten der ärztlichen Behandlung vorzusehenden 5000 M. unzureichend sind, muß zugegeben werden, es ist das auch schon auf dem letzten Landtage zugegeben worden. Es ist aber auch hier nicht möglich gewesen, eine Erhöhung des Betrages herbeizuführen. Wir haben uns nun damit geholfen, daß wir vorzugsweise solche Anstalten berücksichtigen, die trotz vorsichtiger Geschäftsgebarung einen hohen Aufwand für ärztliche Behandlung gehabt haben; denn es würde ja nicht möglich sein, aus diesen 5000 M. an sämtliche Anstalten Beiträge zu geben, weil eben dann die einzelnen Beiträge zu gering ausfallen würden. Wir haben früher auch schon die Bestimmung getroffen gehabt, daß Anstalten, welche zugehende Tiere regelmäßig einer Impfung unterziehen, vorzugsweise Beihilfen erhalten sollen; es ist aber hiervon sehr wenig Gebrauch gemacht worden, und es würde wohl eine Anordnung, daß alle bei den Ortsviehversicherungsanstalten neu zugehenden Tiere geimpft werden müßten, sofort auf Widerstand stoßen.

Abg. Leifer (natl.): Als Vertreter eines Wahlkreises, in dem die Landwirtschaft die Hauptbeschäftigung bildet, und als ein Mann, der von Jugend auf selbst im landwirtschaftlichen Beruf gestanden ist, möchte auch ich mich an den gegenwärtigen Verhandlungen kurz beteiligen.

Der Staatsvoranschlag weist auch diesmal wieder eine ganz erhebliche Summe für die Förderung der Landwirtschaft auf; sie ist sogar beträchtlich höher, als dies in der Budgetperiode 1906/07 der Fall war. Diese Fürsorge der Groß-Regierung für die

Förderung der Landwirtschaft ist dankbar anzuerkennen. Wenn wir aber den für die Förderung der Landwirtschaft eingestellten Betrag mit demjenigen vergleichen, der für Gewerbe und gewerbliches Unterrichtswesen vorgesehen ist, so finden wir den letzteren bedeutend höher; ich will damit durchaus nicht sagen, daß dies nicht gerechtfertigt wäre, ich mache den Vergleich nur deshalb, weil man so oft sagen hört, die Landwirtschaft sei besonders bevorzugt.

Der Herr Kollege Ries hat in eingehender Weise die Lage der Grohbauern, der Kleinbauern, der Schuldenbauern, der Nebbauern, der Waldbauern usw. geschildert. Was er in dieser Hinsicht bezüglich des Oberlandes gesagt hat, trifft vielfach auch für den Odenwald und das Bauland zu. Er hat insbesondere betont, daß die Agrarfrage von der Bildungsfrage abhängig sei, und zwar sowohl hinsichtlich der Volksschule, wie auch der Fachschulbildung. Was die Volksschulbildung betrifft, so will ich hierauf nicht weiter eingehen; es sind ja zu deren Reform Schritte während und nach dem vorigen Landtag eingeleitet worden. Daß aber der gegenwärtige Unterrichtsplan auf den Landorten einen besonderen Anklang nicht findet, das beweisen die vielen Petitionen, die im Hohen Hause eingehen. Hierauf näher einzugehen, ist der Anlaß bei der Erörterung dieser Petitionen gegeben.

Dem, was die Herren Kollegen Red und Wittenmann-Donaueschingen, bezüglich des Turnunterrichtes in den Volksschulen gesagt haben, kann auch ich nur zustimmen.

Für die besondere landwirtschaftliche Fachbildung stehen uns in erster Reihe landwirtschaftliche Winterschulen zu Gebote. Es ist gewiß erfreulich, daß sich im Laufe der letzten Jahre eine gewisse Steigerung des Besuchs dieser Anstalten zeigte. Immerhin aber sollte noch eine größere Anzahl junger Landwirte sich an diesen Schulen die für den künftigen Beruf so notwendige Bildung zu eigen machen.

Ich möchte nun auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die speziell meine Gegend betrifft, und die ich schon im letzten Landtag kurz zur Sprache gebracht habe. Bekanntlich wird in unserer Gegend ein ausgedehnter Getreidebau getrieben. Zur Verbesserung der Absatzverhältnisse sind Lagerhäuser entstanden, und zwar in meinem Wahlkreis allein deren drei. Man wird bei allgemeiner Betrachtung dieser Verhältnisse der Ansicht zuneigen, daß dies etwas zu viel wäre. Wer aber die Wegverhältnisse näher berücksichtigt und die oft recht ungünstigen Steigungen, wird zugeben müssen, daß die Beförderung großer Lasten auf diesen ungünstigen Wegen auf weite Entfernungen hin möglichst vermieden werden muß. Mein Heimatsort gehört in den Bezirk des Lagerhauses Rosenberg. Obwohl wir nun von der Großen Regierung bereits namhafte Beiträge erhalten haben, was wir dankbar anerkennen, so haben wir doch noch eine ganz beträchtliche Schuldenlast zu verzinsen, die durch die Baukosten, durch die Anschaffung der Geräte usw. entstanden ist. Wir waren der Hoffnung, daß uns die Große Eisenbahnverwaltung den unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellten Zuschuß für die unverhältnismäßig hohen Kosten der Grabarbeiten mit 3000 Mark zukommen lassen würde; allein diese Hoffnung hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Die Verhandlungen der Gr. Bahnbauinspektion in Landau mit der Gemeindeverwaltung in Rosenberg wegen der Begüberführung sind nämlich noch nicht zum Abschlusse gekommen. Gerade von der Verzögerung dieser Einwilligung zur Beseitigung des schienenebenen Wegüberganges hängt aber die Verzögerung der Auszahlung des bewilligten Zuschusses ab.

Nun sind aber doch gewiß Gemeindeverwaltung und Lagerhausgenossenschaft zwei verschiedene Dinge; die wenigsten Genossenschaftsmitglieder wohnen in der Gemeinde Rosenberg selbst, sondern in den umliegenden Orten. Man sollte deshalb die Lagerhausgenossenschaft nicht die Verzögerung der Begüberführung entgelten lassen, sondern dessen ungeachtet den in Aussicht gestellten Betrag zur Auszahlung bringen. Wir wären desselben sehr bedürftig.

Die Lagerhäuser haben sich im letzten Jahre auch mit dem Absatz des Grünkerns, der bekanntlich in unserer Gegend massenhaft produziert wird, befaßt, allerdings nicht in der Weise, als dies bei anderen Getreidearten geschieht. Der Grünkern wurde von den Genossenschaften nicht auf Rechnung des Verbandes gekauft, sondern auf eigene Rechnung. Die Produzenten brachten zwar dadurch ihre Ware los, allein die Lagerhäuser haben noch ganz beträchtliche Mengen Grünkern liegen. Ich bin nun nicht in der angenehmen Lage, wie mein Herr Kollege Red, daß ich dem Verbands oder dem Getreidebureau meinen Dank aussprechen kann, wie er es hinsichtlich des Verkaufs der Gerste getan hat. Der Verband hat allerdings zum Teil den Verkauf des Grünkerns vermittelt, so viel ich weiß, vom Lagerhaus Rosenberg 200 Zentner, allein es harren dort noch Hunderte von Zentnern des Abgases, und es wäre recht angenehm, wenn uns bei dem Verkaufe dieser Mengen Grünkern der Verband helfend an die Hand gehen wollte.

Neben dem Getreidebau wird in dortiger Gegend auch in ausgedehnter Weise Viehzucht getrieben. Durch langjährige Einführung von Zuchtmaterial aus dem Simmental und den oberbairischen Zuchtbezirken ist bei uns die Viehzucht auf einer ganz ansehnlichen Höhe angekommen; wir sind in der Lage, die staatlichen Prämierungen jeweils mit einer stattlichen Anzahl schöner Zuchttiere beschicken zu können, darunter auch solche, die regelmäßig zur Arbeit verwendet werden. Bei der letzten Prämierung konnten aus Mangel an Mitteln nicht alle zugeführten prämiierungswürdigen Tiere berücksichtigt werden, und aus dem gleichen Grunde konnten die sonst üblichen Begegelder nicht zur Auszahlung gelangen.

Bei der vorjährigen Prämierung in Osterburken ist erstmals auch der Versuch eines Zuchtmarktes gemacht worden. Allerdings hat er einen wesentlichen Erfolg nicht gebracht; trotzdem aber soll der Versuch auch künftig fortgesetzt werden, und wie ich hoffe, wird er den Absatz unserer Zuchttiere auch dort fördern, wenn auch nicht in so hohem Maße, als dies bei den oberbairischen Märkten der Fall ist.

Im vorigen Landtage haben wir hier eine Interpellation über die sogenannte Fleischnot behandelt. Inzwischen ist aber die Lage eine ganz wesentlich andere geworden. Es wird jetzt wohl den ländlichen Vertretern Recht gegeben werden, die damals behauptet haben, es bestünde keine Fleischnot, sondern nur eine Fleischsteuerung. Während nun damals die Preise für Schlachtvieh und Schweine derart waren, daß sie einigermaßen lohnend für den Produzenten waren, sind sie unterdessen ganz beträchtlich zurückgegangen. Ich habe bei den damaligen Verhandlungen durch eine kleine Berechnung dargetan, daß z. B. das Pfund Schweinefleisch lebend Gewicht dem Produzenten ohne Einrechnung von Risiko, Wartekosten usw. auf mindestens 50 Pf. zu stehen kommt. Dabei mähle aber das Tier täglich ein Pfund zuzunehmen, was aber nicht immer der Fall ist. Seitdem sind nun die Futtermittel noch bedeutend im Preise gestiegen, für die Schlachttiere wird aber erheblich weniger bezahlt. Während man in den Städten über Fleisch-

teuerung klagt, und das nicht mit Unrecht, herrscht bei uns eher eine Verkaufsnote, oder die Bauern sind genötigt, billig zu verkaufen (Abg. Hilbert: Ganz richtig!). Wenn z. B. für Vollmaßschweine 40 Pf. pro Pfund lebend Gewicht bezahlt und zu diesem Preis die Tiere nicht einmal gerne gekauft werden, so steht das gewiß in keinem Verhältnis zu den hohen Fleischpreisen in der Stadt. Woher dieses ungleiche Verhältnis kommt und wer eigentlich den Profit dabei zum größten Teil hat, das will ich nicht untersuchen; es ist von verschiedenen Seiten hierauf hingewiesen worden. Ich möchte nur ausdrücklich betonen, daß die Bauern die Schuld an diesen hohen Fleischpreisen in der Stadt nicht trifft.

Auch auf die landwirtschaftliche Verschuldung möchte ich noch mit einigen Worten zu reden kommen. Es hätte bei der Generaldebatte zum Ministerium des Innern beinahe den Anschein erweckt, als ob ich der Ansicht wäre, daß die landwirtschaftliche Verschuldung nicht hoch sei. Dies ist durchaus nicht der Fall. Ich halte sie sogar für höher, als die Statistik angibt. Ich habe in jener Sitzung erklärt, daß die örtlichen Kreditkassen viel mehr Darlehen auf Bürgschaft geben als gegen hypothekarische Sicherstellung. Es ist mir auch aus eigener Erfahrung bekannt, daß namentlich seit der Einführung des neuen Grundbuchrechts die Kaufpreise nicht mehr in dem Maße hypothekarisch gesichert werden, als dies früher geschah. Nach dem alten Recht war das Vorzugsrecht für den Kaufpreis schon gesetzlich gewahrt, wenn nicht Barzahlung erfolgte, heute ist das nicht mehr so. Die Verkaufsbedingungen mögen lauten, wie sie wollen, eine Sicherstellung des Kaufpreises ist erst dann gewahrt, wenn der Käufer eine Hypothek bewilligt und beantragt, und das ist namentlich in meiner Heimatgemeinde äußerst selten der Fall. Viele Käufer gehen, wenn sie die Mittel zur Barzahlung nicht haben, auf die Kreditkassen, nehmen dort das Geld zu billigen Zinsfuß auf und bezahlen das Grundstück bar, um dadurch die Kosten für die Eintragung und die spätere Lösung einer Hypothek zu ersparen.

Ueber die Verbesserung der ländlichen Kreditverhältnisse sind ja bereits von einigen der Herren Redner Vorschläge gemacht worden, und auch seitens der Regierung wurde darauf erwidert. Ich will deshalb auf diesen Punkt nicht weiter eingehen.

Es war auch nicht meine Absicht, auf den Obstbau einzugehen; aber gerade auf eine Mitteilung hin, die mir erst geworden ist, bin ich dazu veranlaßt. Es ist mir nämlich vorhin mitgeteilt worden, daß die Berichte über die Verhandlungen vom vorigen Samstag im Kreise Mosbach, speziell in der Stadt Mosbach, eine gewisse Aufmerksamkeit hervorgerufen haben. In den Verhandlungen ist ja darauf hingewiesen worden, daß der für Mosbach in Aussicht genommene Obstbaulehrer allenfalls in Neberlingen angestellt werden könnte. Aber auch in der Gegend von Mosbach bedarf der Obstbau noch einer ganz bedeutenden Förderung, und ich möchte deshalb die Gr. Regierung dringend bitten, den Obstbaulehrer, wie es im Budget in Aussicht genommen ist, in Mosbach anzustellen. Er könnte dort eine weitgehende Tätigkeit entfalten und namentlich zur Verbesserung und Hebung des Obstbaues im Neckartal und Jagsttal beitragen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht auch nach Neberlingen ein Obstbaulehrer kommen soll, ein solcher könnte ja eventuell noch angefordert werden.

Nun möchte ich kurz auf einen besonders wichtigen Nebenbetrieb der Landwirtschaft zu reden kommen, auf die Bienenzucht. Um den Wert der Bienenzucht hervorzuheben, habe ich im vorigen Landtag Zahlen angegeben. Auf diese will ich nicht mehr zurückkommen, sondern ich möchte auf meine dort gemachten Ausführungen

hinweisen. Inzwischen ist auch das von dem Herrn Hauptlehrer Roth in Durlach verfaßte Werk „Bienen und Bienenzucht in Baden“ erschienen, in dem die umfassenden Forschungen des Verfassers niedergelegt sind, ein Buch, das nicht nur für den Inhaber sehr wertvoll ist, sondern auch für weitere Kreise großes Interesse bietet. Das umfassende Material konnte von Herrn Roth nur durch unermüdblichen Eifer und wahren Bienenfleiß gesammelt werden, und er hat dadurch der Bienenzucht einen so erheblichen Dienst geleistet, daß ich nicht unterlassen möchte, hier an dieser Stelle dafür öffentliche Anerkennung auszusprechen.

Die großen Fortschritte, welche die badische Bienenzucht gemacht hat, die hohe Blüte, auf der sie steht, sind hauptsächlich der segensreichen Tätigkeit des Landesbienenzuchtvereins zu verdanken. Im vorigen Jahre konnte der Verein sein 50jähriges Jubiläum feiern. Aus kleinen Anfängen herausgewachsen, ist er unter der umsichtigen Leitung tüchtiger, uneigennütziger Männer zu einer Mitgliederzahl gestiegen, die jetzt nahezu 10 000 beträgt und sich in 97 Bezirksvereine gliedert. Der Landesverein ist auch seit Jahren in dankenswerter Weise von der Grob. Regierung unterstützt worden. In den letzten Jahren dürfen aber die von der Regierung bewilligten Mittel nicht mehr zu allgemeinen Zwecken verausgabt werden, sondern müssen ausschließlich zur Bekämpfung der Faulbrut Verwendung finden. Gerade die Faulbrut wird durch den Landesverein unter den Beständen der Mitglieder auf die Weise zu bekämpfen gesucht, daß die faulbrütigen Völker samt Wabenbau vernichtet werden. Die Entschädigung erfolgt derart, daß dem Besitzer ein Drittel des Wertes der Bienen von dem Landesverein entschädigt wird; ein weiteres Drittel hat die Bezirksvereinskasse zu tragen, und das letzte Drittel verbleibt dem Eigentümer der Bienen selbst zur Last. Diese unheimliche Bienenkrankheit, die auch schon der Herr Kollege von Gleichenstein als ein besonderes Hemmnis für die Ausdehnung der Bienenzucht bezeichnet hat, ist wohl mit die Hauptursache, daß in den statistischen Mitteilungen über die Viehzählung 1907 ein Rückgang in der Zahl der Bienenstöcke bemerkbar ist. Es heißt dort, daß die beweglichen Stöcke sich gegen 1906 etwas vermehrt haben, der Rückgang hauptsächlich unbewegliche Stöcke treffe und wohl auf die geringe Honigernte der beiden letzten Jahre zurückzuführen sei. Da aber ein Rückgang in der Stöckzahl nur den Stablbau trifft, so ist eher anzunehmen, daß die Faulbrut dieses verursacht hat; denn gerade in den Stablstöcken ist das Auftreten derselben nicht so leicht und rasch zu erkennen und zu bekämpfen.

Ich muß nun noch auf etwas eingehen, was der Herr Kollege Pfefferle schon angeregt hat und wo auf auch bereits vorhin durch den Herrn Regierungsvertreter erwidert worden ist. Im Februar 1907 ist dem Grob. Ministerium des Innern eine Denkschrift durch den damaligen Vorstand des Bienenzuchtvereins, den Herrn Geh. Regierungsrat Frech in Raistatt, zugegangen. In derselben ist besonders hervorgehoben, daß das rasche Anwachsen des Vereins, das voraussichtlich in den nächsten Jahren noch erheblich fortschreitet, es dem Vorstand und dem Redakteur fernerhin unmöglich macht, die umfassende Arbeit für den Verein im Nebenamt zu bewältigen. Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß das in den letzten Jahren eingetretene Umsichgreifen der Faulbrut es dringend notwendig macht, daß ein Fachmann über das Erkennen dieser bössartigen Krankheit Aufklärung gibt und die Vorbeugungsmittel bespricht. Diese Bestrebungen des Landesvereins zur Erhaltung und Förderung der Bienenzucht sind kurz dahin zu-

Abg. Weiskaupt (Ztr.): Obwohl der Redesturm in der landwirtschaftlichen Debatte schon reichlich geflossen ist, so glaube ich mich doch an dieser Debatte mit einigen Worten auch beteiligen zu sollen, einmal, weil ich selbst Landwirt bin, und zweitens, weil ich einen rein landwirtschaftlichen Wahlkreis zu vertreten die Ehre habe.

Es ist aus den Verhandlungen über die Landwirtschaft hier so ziemlich herausgeklungen, daß die Lage der Landwirtschaft zur Zeit wieder eine bessere ist, als sie früher war. Aber draußen im Lande muß man recht oft die Erfahrung machen, daß behauptet wird, die Lage der Landwirtschaft sei eine sehr gute, die Landwirte hätten absolut keinen Grund, zu klagen. Es mag die Besserung der Lage in verschiedenen Landesteilen ja eine recht große sein. Aber immerhin bleibt in verschiedenen Bezirken recht viel zu wünschen übrig, und das ganz besonders in abgelegenen Bezirken, in rein landwirtschaftlichen Bezirken. Dort ist natürlich während einer Reihe von Jahren, wo über die Landwirtschaft sehr schlechte Zeiten hinweggegangen sind, die Verschuldung so groß geworden, daß mit ein oder zwei guten Jahren die alten Wunden nicht ausgeheilt werden können, und daß noch verschiedene gute Jahre für die Besserung der Lage der Landwirtschaft dort notwendig sind.

Wohl keine Produktion hat mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen als gerade die Landwirtschaft. Einmal sind es, wie mein Freund Görlacher schon erwähnt hat, Unglücksfälle im Stall, Hagel, Unbilden der Witterung usw. Dann aber, sind es ganz besonders die großen Preisschwankungen, mit denen die Landwirtschaft zu rechnen hat. Es ist der Weltmarkt, es ist die Spekulation, es ist der Ausfall der Welternte, was allüberall auf die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte von großem Einfluß ist, und diese Schwankungen des Weltmarkts wirken auf die Landwirtschaft, je weiter sie abgelegen ist, je weiter es in das platte Land hinausgeht, viel stärker ein bei fallender Konjunktur, bei abfallender Preisbildung, als bei steigender Konjunktur. Von doppelter Wirkung sind die Preisschwankungen für diejenigen Landesteile, die von den modernen Verkehrswegen, besonders von der Eisenbahn, vollständig abseits gelegen sind, und es wäre sehr zu wünschen, wenn in dem in nächster Zeit uns zugehenden Gesetzentwurf, betreffend die Erbauung von Nebenbahnen draußen auf dem Land, jene Gegenden Berücksichtigung finden würden, die heute noch immer drei, vier und fünf Stunden von der nächsten Eisenbahnstation entfernt liegen, die vom Verkehr fast vollständig abgeschlossen sind, obwohl ihre Lage eine sehr produktive ist. Ich bin überzeugt, wenn in nächster Zeit so auf jene produktiven Gegenden Rücksicht genommen wird, dann wird es nicht mehr vorkommen, wie es in der letzten Zeit der Fall war, daß von den schönsten Hofgütern 10, 20, 30 und noch mehr Morgen mit Wald angepflanzt werden, sondern es werden die Güter wieder vollständig bewirtschaftet und betrieben werden können. Und erst dann werden wir auch nach und nach, wie es ja schon vom Herrn Berichterstatter Schüller erwähnt worden ist, in die Lage kommen, all das selbst zu produzieren, was im Lande konsumiert wird, und das zu erreichen dürfte doch die höchste und beste Aufgabe des Staates und auch der Volksvertretung sein.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Großh. Regierung auch in diesem Budget wieder sehr ausgiebige Mittel zur Hebung der Landwirtschaft zur Verfügung stellt. Vor allem freut es mich, daß der Ausbau von Augustenberg von Jahr zu Jahr ein besserer und größerer wird, und daß aber auch die Benützung jener Anstalt einer

immer steigenden Zunahme sich zu erfreuen hat. Derjenige, der Jahr aus Jahr ein mit jener Anstalt in Verbindung steht und mit ihr zu schaffen hat, weiß am allerbesten die Notwendigkeit jener Anstalt zu schätzen. Als Vorstand des Bauernvereins Pfullendorf ist mir Gelegenheit geboten, das ganze Jahr mit der Anstalt in Verbindung zu stehen. Wir halten für die Bauernvereine des ganzen Bezirks ein Lagerhaus mit Kunstdüngermitteln, mit Kraftfuttermitteln zc., damit die Leute, die drei und vier Stunden zur Bahnstation zu fahren haben, die nötigen Hilfsmittel für ihren Betrieb mitnehmen können, wenn sie auf den Markt fahren. Dann können sie das Nötige immer als Rückfracht mitnehmen. Aus diesem Grund halten wir ein Lager. Wir konsumieren auf diesem Lager jährlich 80 bis 90 Waggons Kraftfuttermittel und Kunstdüngermittel. Wenn man am Ende des Jahres eine Zusammenstellung von dem Ergebnis der Untersuchungen macht, die auf Augustenberg stattfinden, wenn man die Beträge, die infolge Mindererhalts erlegt werden müssen, zusammenstellt, so kommt man erst recht zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit und von der segensreichen Tätigkeit dieser Anstalt für die Landwirtschaft. Man kommt aber auch zugleich immer mehr zu der Ueberzeugung, wie notwendig es ist, daß sich die Landwirte auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenschließen, daß sie sich organisieren und solche Vereinigungen gründen. Man kommt aber auch mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß wie früher so auch heute noch der Landwirt, der einer solchen Organisation ferne steht, das Ausbeutungsobjekt verschiedenster Leute ist.

Die Saat- und Zuchtstation, die für Baden eingerichtet wird, wird sich sicher als segensreich und praktisch erweisen. Ich hätte aber da einen Wunsch für das badische Oberland. Für uns wird die geplante Saat- und Zuchtstation jedenfalls wenig in Betracht kommen können, da es sehr schwer ist, Saatgut, das aus milder Lage stammt, in hoher Lage, in kalten Gegenden, die 600, 700 und noch mehr Meter über dem Meere liegen, gut anzuwenden. Wir sind vielmehr darauf angewiesen, Saatgut aus rauher Lage zu beziehen. Wenn sich die geplante Anstalt im Unterland als gut und praktisch erweist, so will ich jetzt schon die Großh. Regierung bitten, wenn einmal ein Wunsch nach Errichtung einer Saat- und Zuchtstation auch für das Oberland (vielleicht in der Saar oder bei uns an der oberbadischen Grenze) geäußert wird, diesen Wunsch nicht von der Hand zu weisen. Denn bei uns wird ja Getreidebau und Kartoffelbau in sehr intensiver Weise betrieben, und wir wenden jedes Jahr große Summen für Beschaffung von gutem Saatgut auf. Leider sind die Erfahrungen, die wir damit machen, oft sehr ungünstige.

Es ist auch allseitig freudig begrüßt worden, daß der Schulbesuch der landwirtschaftlichen Schulen zur Ausbildung unserer jungen Landwirte sich immer mehr steigere. Ich bin der Ansicht, daß der Schulbesuch, ganz besonders bei uns im badischen Oberlande, ein noch viel größerer würde, daß er wohl der doppelte wäre, wenn man nicht so sehr mit der Leutenot zu kämpfen hätte. Mancher Vater wäre ganz gerne bereit, seinen Sohn in eine landwirtschaftliche Schule zu schicken, aber selbst im Winter ist es bei der immer mehr zunehmenden Leutenot nicht mehr möglich, ordentliche und brauchbare Diensthoten zu bekommen (Sehr richtig! beim Zentrum).

Es ist gestern von meinem Herrn Kollegen Bächner die Bitte der Stadtgemeinde Ueberlingen und des Obstbauvereins Ueberlingen wegen Anstellung eines Obstbaulehrers für den Bezirk Ueberlingen vertreten worden. Auch ich bin der gleichen Ansicht wie der Herr Kollege Bächner, daß die Anstellung eines Obstbaulehrers

nicht auf Kosten des Kreises Mosbach geschehen sollte. Die Anstellung eines Obstbaulehrers für den Kreis Konstanz, überhaupt für die Seegegend, ist sehr notwendig. Der Obstbau in der Seegegend ist von eminenter Bedeutung, besonders im Bezirke Ueberlingen. Dort gibt es viele Landwirte, deren Haupteinkommen im ganzen Jahre die Verwertung und der Verkauf des Obstes ist. Das Entgegenkommen der Stadtgemeinde Ueberlingen ist ja ein sehr weitgehendes. Die Großh. Regierung sollte es nicht von der Hand weisen, im Gegenteil, sie sollte sofort davon Gebrauch machen. Der Obstbaulehrer, der für unsere Seegegend in Betracht kommt, könnte ja ganz gut im Winter an den landwirtschaftlichen Schulen in Meßkirch und Rabolzell, im Obstbau Unterricht erteilen. Es wäre einem Wanderlehrer auch, wie in der Eingabe des Obstbauvereins und der Stadt Ueberlingen schon gesagt wird, Gelegenheit gegeben, praktische Kurse zu geben in der spitälischen Baumschule. Die größeren Gemeinden wären alle jedenfalls sehr gerne bereit, wie Meersburg, Markdorf, Salem und auch Pfullendorf, dem Obstbauwanderlehrer Lokale zur Verfügung zu stellen, wenn er Vorträge und praktische Uebungen abhalten wollte; es würden ihm Landwirte auch gern für den Anschauungsunterricht Obstgärten zur Verfügung stellen, ebenso für praktische Arbeit. Es wäre überhaupt von großer Wichtigkeit für die ganze Seegegend, wenn ein Obstbaulehrer recht bald für sie in Betracht kommen könnte. Wenn er zugleich Sachverständiger wäre für den Rebhan, hätte auch die Großh. Regierung selbst ein unmittelbares Interesse daran, weil ja der Staat selbst großer Rebhanbesitzer in der Gemeinde Meersburg ist. Auch die Rebbauern dort oben am See würden es jedenfalls sehr begrüßen, wenn für sie etwas geschehen könnte.

Ueber die Schweinezucht möchte ich mich nicht näher auslassen. Nur einen Wunsch hätte ich, wenn es einmal möglich wäre, mehr Geld für die Schweinezucht in das Budget einzustellen zu können, nämlich die Prämierung nach Kräften zu fördern; die Prämierung ist tatsächlich der beste Ansporn für solche Bestrebungen. Dann möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Prämierungsorte nicht mehr so weit von einander entfernt gelegt werden, wie das in der letzten Zeit der Fall war. Bei uns waren in der letzten Zeit die Prämierungen abwechselnd in Meßkirch und in Pfullendorf. Von dem äußersten Ende des Bezirkes, sowohl von Meßkirch als auch von Pfullendorf, ist es sechs bis sieben Stunden bis zur nächsten Prämierungsplatte, und das ist es denn ganz natürlich, daß die kleineren Bauern nicht so zahlreich vertreten sind; es ist ihnen kaum möglich, sich an dieser Prämierung beteiligen zu können, obwohl sie oft das beste Zuchtmaterial besitzen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn in jenen Bezirken eine Prämierungsplatte errichtet werden könnte.

In das Lied über die Pferdebezücht, in das der Vertreter des badischen Unterlandes eingestimmt hat, kann ich als Vertreter eines Wahlkreises im Oberlande nicht einstimmen. Infolge aller unserer Verhältnisse sind wir im Oberlande nicht in der Lage, Kaltblutzucht zu treiben. Wir sind genötigt, Halbblutzucht zu treiben. Es sind schon ganz beträchtliche Summen aufgewendet worden, um die Pferdebezücht zu heben, einmal, um den eigenen Pferdebedarf decken zu können, und dann auch um ein gutes Militärpferd zu züchten. Es sind erst Stuten aus Oldenburg, dann aus Hannover eingeführt worden. Es sind Weiden errichtet worden, und unsere Züchter beschaffen das beste Hengstmaterial, das ihnen zur Verfügung gestellt wird. Aber es ist tatsächlich bis jetzt der Erfolg ausgeblieben, den man anfänglich erwartet hat. Es hat ja der Referent für Pferdebezücht im Ministerium des Innern, Herr Graf

von Bismarck, in seiner letzten Rede bereits angedeutet, daß tatsächlich die rege Nachfrage, die im Unterlande nach Kaltblutpferden herrscht, im Oberlande, wo Halbblutzucht getrieben wird, nicht verzeichnet werden kann. Das ist ganz richtig. Man hat bei uns Remontemärkte eingeführt. Aber die Militärverwaltung hat höchstens ein oder zwei Stück Remonten angekauft, was natürlich bewirkte, daß die Züchter nicht befriedigt waren und daß sie oft zu der Ansicht kamen, sie seien mit der Zucht nicht auf dem richtigen Wege. Es kamen dann oft aus Württemberg Züchter herüber und kauften von den stehen gebliebenen Pferden, um sie dann auf württembergischen Remontemärkten zu verkaufen. Dort wurden sie zu teuren Preisen angekauft, dort wurden auf einem Markt oft 25 und 30 Stück Remonten verkauft. Jetzt ist es auch dort anders geworden. Seitdem auf den württembergischen Remontemärkten nur norddeutscher Dialekt gesprochen wird, haben auch sie ganz dieselben Zustände wie bei uns; es werden ein, zwei oder drei Remonten gekauft. Die unter vieler Mühe und Sorgfalt herangezogenen Pferde bleiben stehen, und ich glaube, daß oft die Reisekosten der Ankaufskommission ebenso hoch sind als das Geld, das für den Verkauf von Remonten eingenommen wird. Ich bin der Ansicht, daß bei den großen Ankäufen von oft 70 bis 80 Stück, die auf norddeutschem Gebiete gemacht werden, auch nicht alles tadellos ist, und manches, was bei uns getadelt wird, auch dort zu wünschen übrig bleibt. Wenn man jenen Leuten die Nachricht zukommen läßt, so wäre es jedenfalls möglich, unseren Pferdezüchtern dieselbe Nachricht auch zukommen zu lassen im Interesse unserer Pferdebezücht.

Wir wären alle der Großh. Regierung recht dankbar, wenn sie irgendwie auf die Militärverwaltung dahin einwirken könnte, daß der Absatz unserer Pferdeprodukte für die Militärverwaltung in Zukunft ein besserer ist, als das bis jetzt der Fall war. Daß genügendes Material vorhanden ist, beweist schon die eine Tatsache, daß im letzten Herbst, wo für die Badener Lotterie der Ankauf ausgeschrieben war, von der Lotterie über 30 Stück in Pfullendorf angekauft wurden. Diese sind aber stehen geblieben, weil die Gewinner meist das bare Geld erhoben haben, und den Züchtern sind nur die 20 Prozent, die von der Ankaufskommission zurückerzögert werden, zugekommen. Daß auch wir gutes Material züchten, geht weiter daraus hervor, daß der Staat schon bei uns Hengstfohlen angekauft hat, die später zur Föderung verwendet wurden, daß auch Private im Inlande und Auslande Hengste zur Zucht bei uns angekauft haben, die tagtäglich zur Föderung verwendet werden.

Bezüglich der Rindviehzucht hatte ich ja schon Gelegenheit, in der Landwirtschaftskammer mich zu äußern. Und gerade in Bezug auf die Aenderung in der Prämierung ist meine damals geäußerte Ansicht noch mehr gestärkt worden dadurch, daß eine Reihe von Sachverständigen hier die gleiche Ansicht geäußert haben.

Es ist sehr erfreulich, daß die Großh. Regierung dem Vorschlage, der auf dem letzten Landtage so oft gemacht worden ist, Folge geleistet hat und dazu übergegangen ist, die Stammzuchtstationen aufzuheben und sie in Farrenzuchtstationen umzuwandeln. Wenn vorerst auch etwas Untererlös vorhanden ist (wie aus dem Berichte zu ersehen ist), so wird, wenn diese Farrenzuchtstationen einigermaßen rationell bewirtschaftet werden, es doch mit der Zeit ganz gut möglich sein, eine Rentabilität auf diesen Stationen zu erzielen. Ich wüßte gar nicht, warum denn ein Inzuchtstall im Preise einem Originalstall viel nachstehen sollte, ganz besonders wenn der erstere in Form, in Buchs und hauptsächlich in der Abstammung gut ist. Es ist ja die Abstammung bei unseren in

Oberbaden selbst gezüchteten Farren viel besser nachzuweisen, als wenn wir ins Simmenthal, wenn wir in die Schweiz gehen. Neben dieser Rentabilität ist noch ein anderer Gesichtspunkt hervorzuheben: Man wird an der Ansicht kommen, und es wird sich diese Ansicht bestätigen, daß, wenn die Nachfrage im Simmenthal nicht mehr eine so starke ist, es denjenigen Gemeinden, die Hochzucht treiben und die wegen der Blutauffrischung und aus anderen Gründen darauf angewiesen sind, immerwährend noch Originaltiere anzuschaffen, in Zukunft möglich sein wird, ihren Bedarf billiger zu decken und nicht mehr in die Notwendigkeit zu kommen, Preise zahlen zu müssen, wie das früher und jetzt bei Simmenthaler Tieren vorkommt, Preise, die oft geradezu ins Schwindelhafte gegangen sind.

Es sind mir noch Wünsche aus Oberbaden mitgeteilt worden, die ich hier der Großh. Regierung gegenüber äußern soll. Es ist ja bereits gestern von meinem Herrn Kollegen Schmidt-Bretten darauf hingewiesen worden, daß wegen der Anführung von Gemeindefarren eine gewisse Unzufriedenheit herrsche, daß es manchmal vorkomme, daß, wenn die Vertreter einer Gemeinde mit der besten Absicht fortgegangen und mit der festen Ueberzeugung zurückgekehrt waren, einen wirklich guten Gemeindefarren gekauft zu haben, und diesen nach Hause zurückgebracht hatten, damit er angeführt werde, das Tier vom Bezirkstierarzt einfach zurückgewiesen werde. Es ist mir sehr erfreulich, von der Großh. Regierung gehört zu haben, daß in solchen Fällen den Gemeinden die Beschwerde zusteht. Bis jetzt ist jedenfalls von der Berufung eines weiteren Sachverständigen nirgends Gebrauch gemacht worden, im Gegenteil: Die Gemeinden haben sich wieder neue Kosten auferlegt, sie haben den Farren zurück gebracht und sind zum zweiten Male fortgegangen, um einen Gemeindefarren zu suchen. Ja es ist in mancher Gemeinde so weit gekommen, daß sich bald Niemand mehr zum Farreneinkauf hergeben will. Auch mir sind solche Fälle bekannt. Es sind Gemeinderäte oder Bürger einer Gemeinde zum Farreneinkauf fortgegangen, von der besten Absicht getragen, und nach ihrer Meinung hatten sie dann auch wirklich eine vorzügliche Auswahl getroffen; den Zuchtwert eines Tieres zu erkennen, dazu ist ja eine langjährige Praxis notwendig, und doch ist das Tier trotz sorgfältigster Auswahl durch die erfahrensten Landwirte vom Bezirkstierarzt nicht angeführt worden! Nachher wurden dann oft solche Tiere in andere Bezirke, zum Teil auch ins Ausland verkauft und ganz kurz darauf bei Ausstellungen mit Preisen, sogar mit ersten Preisen prämiert. Gerade auch aus der letzten Zeit sind mir Fälle bekannt geworden, in denen Gemeinden, um ganz sicher zu gehen, beim Einkauf eines Gemeindefarens den Zuchtinspektor beigezogen haben, und wo dann der gefauste Farren von dem betreffenden Bezirkstierarzt dennoch zurückgewiesen wurde. Da muß doch etwas nicht ganz in Ordnung sein, und ich möchte die Großh. Regierung bitten, die Rörkmissionen in der Weise zusammenzusetzen, daß zu jeder derartigen Kommission zwei sachverständige Landwirte im Ehrenamt beigezogen werden, die dann bei der Anführung des Gemeindefarens ein Wort mitzureden und mitzubestimmen haben.

Ich möchte mit dem Gesagten absolut nicht irgend einem Bezirkstierarzt in Oberbaden zu nahe treten. Aber angesichts solcher Tatsachen muß doch gesagt werden: Hier sind Mißstände, die unbedingt beseitigt werden sollten. Wir haben ja in Oberbaden in jeder Gemeinde durchaus sachverständige Landwirte, tüchtige Kenner von Zuchtvieh, denen es ein Leichtes ist, ein Zuchttier zu bewerten und zu tagieren und ein wirklich gutes Tier auszufinden. Ueberhaupt möchte ich an die Großh. Regierung die Bitte

richten, bei der Besetzung von Bezirkstierarztstellen in Zuchtgebieten, hauptsächlich in Oberbaden, darauf Bedacht zu nehmen, daß nur solche Bezirkstierärzte, in diesen Gegenden angestellt werden, die wirklich Erfahrungen auf dem Gebiete des Zuchtweßens haben und die nachgewiesenermaßen schon längere Zeit in guten Zuchtbezirken dienstlich tätig waren. Denn wir müssen auch auf dem Gebiete unseres Zuchtweßens vorwärtsschreiten, wenn wir den guten Ruf und den Absatz, den wir seit Jahrzehnten gehabt haben, auch in Zukunft behalten wollen.

Nun noch ein Wort zu den Anträgen Neuwirth. Mit Wohlwollen und mit allseitiger Unterstützung sind sie in diesem Hause aufgenommen worden, und um Worte zu ersparen, möchte auch ich mich nur all den Wünschen, die hier geäußert worden sind, anschließen. Wenn schon in solchen Landesteilen, in Unterland, von denen hier vorgetragen worden ist, daß dort bereits im Monat Juli die Getreideernte vollständig beendet ist, das Mandör als eine Last angesehen wird, dann werden Sie leicht begreifen können, daß für solche Landesteile, wo die Ernte erst Mitte August recht angefangen hat, das Mandör noch eine weit größere Last ist. Gerade in solchen Gegenden, wo die Ernte recht spät stattfindet, ist man darauf angewiesen, die Bestellung der Herbstsaat wieder recht frühzeitig vorzunehmen, und da trifft es allerdings zu, daß die Landwirte nicht über zu späte Abschätzung der Flurschäden zu klagen haben, denn sie melden sie lieber gar nicht an; sie bestellen lieber wieder zur richtigen Zeit ihre Saat, weil sie zum voraus wissen, daß das Flurschätzungsgeßäft ein etwas langweiliges ist. Sie haben natürlich dadurch einen Schaden, aber sie tragen lieber diesen kleinen Schaden, um noch größeren zu vermeiden. Wir hatten in den letzten sechs Jahren zweimal das Mandör in unserer Gegend. In beiden Jahren hatten wir einen ziemlich naßkalten Vor sommer, die Ernte zögerte sich hinaus, sodas im Zeitpunkt des Eintreffens des Militärs auf dem Mandörge lände fast noch kein Acker von Getreide abgeerntet war; gerade auch im letzten Mandör mußten die Soldaten erst einige Tage lang helfen, den Exercierplatz abzuräumen, wobei das Getreide noch unrettbar niedergelegt wurde. Dadurch kommen natürlich nicht nur die einzelnen Landwirte trotz der Entschädigung in Schaden, sondern es erwachsen auch der Militärverwaltung sehr große Unkosten. Die Gemeinden haben sich, wie mir mitgeteilt worden ist, damals um Abstellung der Mandör an die Regierung und an die Militärbehörde gewendet, aber es half Alles nichts, das Militär ist einfach eingezogen, obwohl noch die ganze Ernte draußen stand.

Das ist eine sehr große Last, und all dem wäre absolut abgeholfen durch Erstellung eines Truppenübungsplatzes. Es wird jedenfalls überall im Oberland freudig begrüßt worden sein, als man davon erfahren hat, daß die Regierung der Erstellung eines Truppenübungsplatzes sympathisch gegenübersteht. Je rascher ein solcher Truppenübungsplatz erstellt würde, desto besser wäre es im Interesse der Landwirtschaft. Ich möchte daher die Großh. Regierung bitten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß recht bald ein solcher Truppenübungsplatz erstellt wird, um der Landwirtschaft die großen Lasten abzunehmen, die besonders unseren in der Ernte späteren Landesteilen auferlegt werden, zumal diese Landesteile bekanntlich mit Vorliebe von der Militärverwaltung zu Mandören benützt werden. Was die Platzfrage anbelangt, so möchte auch ich die Anregung bekräftigen, daß bei einer eventuellen Auswahl unter den verschiedenen Plätzen der äußere Heuberg im Oberland bei uns eine Berücksichtigung finden möge (Beifall im Zentrum und bei den Konserwativen).

Abg. Thrig (Dem.): Es muß für den Herrn Ministerpräsidenten und seinen Stab von der Landwirtschaft ein angenehmes Gefühl sein, das Landwirtschaftsbudget hier zu vertreten, wenn er von allen Seiten nur Worte der Anerkennung findet. Auch ich meinerseits möchte dem zustimmen; auch ich kann nur sagen: Nach meiner Auffassung kann unser Landwirtschaftsbudget sich sehen lassen; es wird den einzelnen Bedürfnissen in weitgehendem Maße Rechnung getragen, und wenn auch in der einen oder andern Beziehung Wünsche übrigbleiben — nun, das wird ja wohl überall so sein, das ist nie ganz zu vermeiden!

Im einzelnen muß ich allerdings bemerken: Wenn es sich um solche Fragen handelt, die bei unserem Millionenbudget finanziell untergeordneter Natur sind — wie beispielsweise um die Anstellung eines weiteren Obstbaulehrers oder eines Bienenwandlerlehrers —, da wäre es mir doch erwünscht, wenn man sich von Seiten der Großh. Regierung nicht gleich auf einen ablehnenden Standpunkt stellen möchte, sondern wenn man vielleicht sagen würde: wir wollen uns die Sache nochmals überlegen und vielleicht in einem Nachtragsbudget eine Position dafür bringen. In dieser Richtung möchte ich der Großh. Regierung den Wunsch des Apostels Paulus zurufen: „Seid nicht engherzig, seid weitherzig!“ (Heiterkeit.) In solchen Fragen also, wo es sich um große Gebiete handelt, wie bei einem Bienenwandlerlehrer um das ganze badische Land oder beim Obstbaulehrer doch um einen größeren Bezirk, dürfte man bei unsfern ohnehin ausgedehnten Mitteln nicht plötzlich zu sparjam werden.

In diese Worte der Anerkennung darf man sehr wohl auch unsere Herren Bezirksbeamten einschließen, von denen ich aus persönlicher Erfahrung weiß, daß ein sehr großer Teil mit außerordentlicher Freude, mit Lust und Liebe sich um die landwirtschaftlichen Dinge annimmt und Vereine, die Genossenschaften, die Konsumvereine und ähnliche Veranstaltungen mit seinem Rate unterstützt. Man darf ebenso auch den Herren Bezirkstierärzten und Zuchtinspektoren und auch unseren tüchtigen Landwirtschaftslehrern bei dieser Gelegenheit ein Wort der Anerkennung sagen. Ich freue mich immer, wenn ich auf dem Lande höre, daß auch diese Herren Anerkennung finden.

Dem Antrag Neuwirth bezüglich der Flurschadensabklärung und der Abänderung des Servizgelbes habe ich in der Kommission zugestimmt, weil auch ich die Wünsche, die darin vorgebracht sind, für durchaus berechtigt halte. Möge es der Großh. Regierung gelingen, in beiden Richtungen befriedigendere Verhältnisse zu schaffen, als sie jetzt vorhanden sind.

Was die Interpellation über den Zichorienbau betrifft, so möchte ich an dieser Sache doch nicht vorbeigehen, ohne ein Wort darüber zu sagen. Ich meine, das, was darüber ausgeführt worden ist, hat sich doch etwas sehr an der Oberfläche bewegt und ist auf den Kernpunkt der Sache nicht hinabgekommen. Es ist von den Interpellanten behauptet worden, unser Zichorienbau sei zurückgegangen, es müßten nun Zölle eingeführt werden, um ihm wieder aufzuhelfen. Die Großh. Regierung hat zugestimmt und hat den zahlenmäßigen Nachweis dafür erbracht, daß der Zichorienbau tatsächlich der Quantität nach zurückgegangen ist; sie hat aber auch einen Grund und zwar einen ganz plausiblen Grund dafür angegeben, daß nämlich dieser Rückgang die Folge davon sei, daß eben die Fabriken eingegangen seien. Die Frage ist aber nicht erörtert worden — und sie scheint mir die wichtigste zu sein, — warum denn die Fabriken eingegangen sind. Sonst ist es doch die Regel, daß, wenn die Rohstoffe sich verbilligen, die Fabriken sich ausdehnen. Ein großer Teil des Publikums ist nicht in der Lage, reinen

Bohnenkaffee trinken zu können, und muß; sich mit diesen Surrogaten behelfen, denn was dort an Kaffee getrunken wird, ist doch in sehr vielen Fällen bloß Zichorienbrühe. Da ist es nach meiner Ansicht sehr zu begrüßen, daß man den Anregungen, die von hervorragenden Menschenfreunden ausgegangen sind — ich nenne den verstorbenen Pfarrer Kneipp —, in den letzten Jahren immer mehr Folge gegeben und sich von dem Bohnenkaffee, der auf die Herzfähigkeit eine gewisse unangenehme Einwirkung haben soll, und von der Zichorienbrühe nun mehr dem Malzkaffee zugewandt hat. Jeder Krämer wird Ihnen sagen, daß er heute bedeutend weniger Zichorie, dafür aber umso mehr diese geröstete Gerste oder das geröstete Korn verkauft (Zuruf des Abg. Schmidt-Bretten). Ja, ich gebe zu, daß auch der Konsum größer ist. Die Bevölkerung ist auch angewachsen. Dazu ist das Kaffeetrinken heute überhaupt mehr üblich als früher. Gerade wir Lehrer sind ja in der Lage, in dieser Richtung ein Urteil abgeben zu können. Den Kindern, von denen man weiß, daß sie morgens, mittags, nachmittags und auch beim Nachtessen diese Zichorienbrühe trinken, sieht man wirklich an, wie armselig sie ernährt sind. Ich kann nur sagen: Ich habe schon oft den Wunsch gehabt, daß diese miserablen Surrogate einmal verschwinden, und daß die Leute etwas Besseres und Gesünderes an deren Stelle genießen möchten.

Nun ist von dem Herrn Kollegen Schmidt-Bretten auf die Zichorienröstereien an der belgischen Grenze hingewiesen worden. Ich weiß nicht, ob er da ganz gut informiert ist. Es scheint mir etwas unwahrscheinlich zu sein, daß man in einem dichtbevölkerten Lande wie Belgien (es ist ja das dichtest bevölkerte Land in Europa) mit seiner hochentwickelten Industrie, die im allgemeinen der Bevölkerung gute Beschäftigung gewährt, in der Lage ist, die Zichorie billiger zu bauen als bei uns, wo die Preise auch allmählich auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau hinuntergekommen sind. Es scheinen mir doch mehr Einzelfälle zu sein, wo man versucht hat, dort diese Röstereien einzuführen. Jedenfalls scheint es mir unwahrscheinlich zu sein, daß eine große Schädigung unseres Zichorienbaues von dort möglich ist. Ich kann nicht finden, was unsere Schutzzölle nach der Richtung unserer Zichorienbauern helfen sollten. Ich hätte, wenn ich Minister gewesen wäre (Heiterkeit), den Herrn Interpellanten die Antwort gegeben: Ja, was soll man denn eigentlich machen? Soll die Großh. Regierung oder die Kammer die Leute veranlassen, daß sie an Stelle des Malzkaffees die Zichorienbrühe genießen? Nach dieser Richtung ist eben nichts mehr zu bessern. Man kann den Leuten nur ehrlicher Weise sagen: Es ist gar nicht wahrscheinlich, daß ihr wieder größere Quantitäten Zichorie werdet bauen können. Alle Aerzte wirken darauf hin, daß der Malzkaffee mehr und mehr verwendet wird. Paßt Euch also den veränderten Verhältnissen an, die wir einfach nicht ändern können, und baut eben an, was noch Geld gilt, baut Futtergewächse oder Tabak, wie man das in der Gegend von Lahr zum großen Teil macht, wo die Leute auch recht gut auf ihre Rechnung kommen.

Ich habe den Eindruck davon, daß diese Zichoriengeschichte ein typisches Beispiel dafür ist, wie man, wenn in der Landwirtschaft irgend ein Mißstand da ist, sofort nach dem Allheilmittel der Zölle ruft (Sehr richtig! bei den Demokraten), das in diesem Falle eben absolut nicht wirken kann; ich glaube, man kann sogar den statistischen Nachweis dafür erbringen.

Nun will ich nicht auf die Zollfrage näher eingehen. Aber eine Bemerkung des Herrn Kollegen Schmidt möchte ich doch nicht ohne Widerspruch passieren lassen. Er hat gemeint, die höheren Lebensmittelpreise (er hat auch Zahlen dafür angeführt) fänden sich ebenso gut im

Auslande als bei uns. Der Unterschied sei nicht groß. Er hat schließlich sogar behauptet: was unseren Zoll auf Getreide und dergleichen anbetrifft, so früge Amerika demselben. Da möchte ich ihn doch darauf aufmerksam machen (es scheint ihm entgangen zu sein), daß wir eine Petition der Bäcker an der Schweizer Grenze bekommen haben. Wir können doch unsere bezüglichen Verhältnisse nicht vergleichen mit denen eines Nachbarstaates, der auch ähnliche Zölle hat, sondern wir müssen einen Vergleich ziehen mit einem Staat, der keine Zölle auf diese Artikel hat. Das ist zum Beispiel die Schweiz. Und nun jammern die Bäcker, es würden nach Konstanz allein jeden Tag 52 Zentner Brot eingeführt werden, im Jahre also über 18 000 Zentner. Warum gehen nun die Leute hinüber nach Kreuzlingen und kaufen dort ihr Brot ein? Weil drüben nicht nur die Qualität gut ist, sondern weil das Brot auch zu einem erheblich billigeren Preise gekauft werden kann. Sie behaupten in ihrer Petition, es sei erwiesen, daß auch Binnenlager in Baden bestehen, die sich auf billige und lukrative Weise mit dem Vertrieb dieses Schweizer Brotes befassen, daß also noch auf weite Strecken des Hinterlandes dieses Schweizer Brot verbraucht wird. Sie sagen weiter, die deutschen Grenzbäcker könnten deshalb mit ihren Schweizer Gewerbsgenossen nicht konkurrieren, weil das Brot und Mehl bei uns weit teurer zu stehen komme als in der Schweiz. Sie sind wohl Sachverständige, die das am eigenen Körper genugsam erfahren haben. Ich könnte noch von so und so vielen anderen Gebrauchsmitteln sprechen, die man auch in der Schweiz billiger kauft. Man geht nicht hinüber und trägt sie herüber, ohne daß man einen wirklichen Vorteil davon hat. Man kann sich nur auf den Standpunkt stellen, daß die Zölle zweifellos eine Verteuerung herbeiführen. Wir haben zweifellos den Weltmarktpreis plus Zoll zu bezahlen, und deshalb ist unser Brot teurer.

Als Lehrer darf ich nicht vorbeigehen an einer Anregung, die von dem Herrn Abg. Wittmann und Anderen ausgegangen ist, die für Aufhebung des Turnunterrichts auf dem Lande gesprochen haben. Ich will zugeben, daß da und dort besondere Gärten bestehen können und daß, wo sie bestehen, Dispensertheilung am Platze wäre. Im allgemeinen aber möchte ich sagen: Sie dürfen diese Wünsche auf Abschaffung des Turnens auf allen Landorten nur ganz leise vortragen, sonst erregen Sie mit Recht Heiterkeit in weiten Kreisen des Volkes. Die Leute, die Ihnen diese Wünsche vortragen, sind zum guten Teil Leute, die am liebsten den Schulzwang überhaupt aufgehoben haben möchten (Sehr gut!). Da müssen Sie doch etwas vorsichtig sein. Uebrigens werden wir beim Unterrichtsbudget Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, den der Herr Kollege Sänzer auf dem letzten Landtage präzisiert hat: Tüchtige Schulbildung und Ausbildung des Genossenschaftswesens ist das Allerwichtigste, was unsere Landwirtschaft braucht. Nun hat der Herr Abg. Schmidt-Bretten gesagt: „So ungebildet sind unsere Bauern nicht, wie von jener Seite des Hauses immer behauptet wird“. Herr Kollege Schmidt! Als Lehrer kann ich sagen, daß die Ausbildung in der Volksschule in unseren Städten doch wesentlich anders ist als draußen auf dem Lande; und ich bin so landwirtschaftsfreundlich, daß ich diese bessere Bildung auch den Landwirten verschaffen möchte, weil ich die Ueberzeugung habe, sie brauchen sie. Der Bauer muß heute auch Kaufmann und Vertriebsmann sein, was der Großvater nicht nötig gehabt hat. Die Bildung wird nach der Richtung kaum zu hoch geschraubt werden können.

Freilich, auf die Einrichtung von Kursen

beim Militär, wenn sie so eingerichtet werden, wie der Herr Kollege Schmidt gemeint hat, gebe ich nicht viel. Im übrigen aber würde ich landwirtschaftliche Kurse an den Garnisonsplätzen begrüßen, denn ich kann mir auch denken, daß ein junger Mann, dem in ein oder zwei Abendstunden der Woche manches Nützliche über die Landwirtschaft erzählt wird, auch etwas Förderliches mitnehmen wird. Aber es müssen diese Leute tun, die wirklich etwas von der Sache verstehen, die Landwirtschaftslehrer. Wenn der Herr Leutnant und der Herr Hauptmann das machen sollen, wo sollen sie denn ihr Wissen auf diesem Gebiete her haben? Ich habe gehört, unsere jungen Offiziere seien gegenwärtig so angespannt, daß die Befürchtung bestehe, sie würden nervös werden, was bedenklich sei. Wenn sie so angespannt sind, kann man ihnen auch nicht zumuten, daß sie noch landwirtschaftliche Studien treiben. In der Tat ist heute von flanierenden Leutnants auf der Straße nicht mehr viel zu sehen, die gehören in die Wigblätter; die jungen Offiziere müssen sich heute auch anstrengen, wenn sie es zu etwas bringen wollen. Es ist ein Fehler für manche Großgrundbesitzer, daß sie zu lange beim Militär waren und dann heimkommen und das Gut bewirtschaften wollen (Abg. Fröhauß: Sehr gut!), obwohl sie nichts davon verstehen (Abg. Schüler: Ganz einverstanden!).

Ich möchte die Anregung wiederholen, die auf dem letzten Landtag gegeben worden ist — ich habe mit verschiedenen anderen in die gleiche Kerbe gehauen —, landwirtschaftliche Fortbildungsschulen einzurichten. Wir sehen, daß auch die Großregierung sich mit der Frage beschäftigt. Es ist sehr wohl möglich, landwirtschaftl. Fortbildungsschulen für die große Masse der Leute einzurichten, die nicht in der Lage sind, die landwirtschaftl. Winterschulen zu besuchen, die nicht den ganzen Winter fortgehen können. Ich halte es für wünschenswert, daß zwei oder drei Gemeinden zusammen eine solche Schule einrichten. Eine Schwierigkeit bildet zweifellos die Erwerbung des Lehrmaterials. Aber wir haben ja auch bei den gewerblichen Fortbildungsschulen uns das Lehrmaterial erst herangezogen, und wir sehen, daß diese ganz segensreich wirken. Ich glaube, daß, wenn man der Sache einmal etwas näher tritt, auch mit dieser Einrichtung Segensreiches erreicht werden kann. Alles darf man freilich von einer solchen Ausbildung nicht erwarten, zumal wenn sie, wie die Fortbildungsschulen, wöchentlich nur zwei Stunden dauert. Sicher ließe sich dann aber der Unterricht auch etwas ausdehnen.

Etwas Notwendiges für den Landwirt, wofür aber eine gute Schulbildung Voraussetzung ist, scheint mir die Anpassungsfähigkeit zu sein. Er muß wissen, was er zu bauen hat, was auf seinem Boden und unter seinen klimatischen Verhältnissen am besten gedeiht, u. das weglassen, was unrentabel geworden ist und im Ertrage oder im Absatz zurückgeht.

Ich habe auf dem vorigen Landtag eine Anregung gegeben, und es hat mich gefreut, daß Herr Kollege Sänzer sie neulich unterstützt hat, man möchte, wie man andere Leute zu ihrer Ausbildung ins Ausland schickt, auch Stipendien zu Auslandsreisen auswerfen für junge Landwirte. Ich freue mich, daß der Anfang damit gemacht ist, und hoffe, daß recht gute Erfolge erzielt werden. Wir streiten uns hier herum über die Erfolge der dänischen Landwirtschaft. Wenn einmal eine Anzahl unserer Leute von dort zurückkommen, werden sie uns sagen, wie dort die Verhältnisse liegen und wie bei uns nachzuhelfen ist. Diese Verhältnisse liegen uns etwas fremd, nicht jeder ist in der Lage, sich damit vertraut zu machen.

Zu vorigen Landtag ist uns von Herrn Geh. Oberregierungsrat Rebe in Aussicht gestellt worden, man werde uns noch ein Hagelversicherungsgesetz vorlegen. Nun haben wir schon unter der Hand gehört, daß der Fonds der Hagelversicherung, der 1890, glaube ich, in Höhe von anderthalb Millionen geschaffen worden ist, zusammengeschrumpft sei und seine Auffüllung angebracht wäre. Auch ich habe den Antrag unterschrieben, der auf die Auffüllung dieses Hagelfonds abzielt. Aber es ist mir auffallend, daß wir bisher keine Mitteilung bekommen haben, ob wir nach der Richtung etwas weiteres in diesem Landtag zu erwarten haben, oder ob man anderer Ansicht geworden ist. Ich wollte diese Anregung nur geben, um der Großh. Regierung zu ermöglichen, einige Bemerkungen darüber zu machen.

Recht sehr gefreut hat mich, daß die Anregung, die ich im vorigen Landtag wegen a d e r w e i ß e n A n b a u e s von Gemüse gegeben habe, Unterstützung gefunden hat. Die Herren Red und Kolb sind ausführlich auf diese Sache eingegangen. In meinem Bezirk hat man schon achtenswerte Resultate erzielt. Sie wissen, daß Schwellingen einen hochentwickelten Spargelbau — 4000 Zentner Spargeln werden jährlich produziert — und leistungsfähige Konserverfabriken hat, die auch andere Gemüse konservieren. Ich nehme an, daß man dies mehr und mehr tun wird.

Ich glaube, daß die Gartenbauausstellung in Mannheim sehr gut gewirkt hat. Wir konnten sehen, wie viel wir noch zu lernen haben, wenn wir beobachtet haben, wie die Hessen unter Leitung ihrer Landwirtschaftskammer das ganze Arrangement so getroffen haben, daß Niemand an ihrer Ausstellung vorbeigehen konnte, ohne hier zu verweilen, und sie sich anzusehen. Wenn unsere Landwirtschaftskammer noch dieser Richtung hin einseitlich vorgeht und auch die auswärtigen Ausstellungen besichtigt, um unseren Erzeugnissen überall einen guten Namen zu verschaffen, und andererseits unsere Landwirte veranlaßt, selbst die Ausstellungen zu besuchen und zu besuchen, so wird sie dadurch befruchtend für das Inland wirken. Der Herr Abg. Seppert hat sich ja mit riesigem Fleiß dieser Aufgabe gewidmet, u. es ist wohl das, was an der Mannheimer Ausstellung im Obstbau zu loben war, und an der badischen Ausstellung war wirklich manches zu loben, ihm in allererster Linie zu verdanken.

Diesmal hat die Großh. Regierung zu meiner Freude auch auf die Anregung, den Gemüsebau etwas mehr zu pflegen, insbesondere in der Nachbarschaft der Städte, eine Antwort gegeben. Im vorigen Landtag ist mir eine Antwort nicht zuteil geworden, die jetzige Antwort ist allerdings sehr mager ausgefallen, sie dürfte schon etwas besser sein. Der Herr Geh. Oberregierungsrat Rebe hat gemeint, die Regierung „habe nichts dagegen, wenn sich die Landwirtschaftslehrer dieser Sache annehmen, in Offenburg und in Karlsruhe sei das schon geschehen“. Ein schärferer Hinweis an die Herren Landwirtschaftslehrer würde zur Folge haben, daß sie sich mit der Sache etwas mehr beschäftigen, und man weiß ja, von welchem großem Vorteil das für einen großen Teil unserer Landwirte in der Nähe der größeren Städte werden muß. Man muß aber immer wieder mit den Anregungen kommen, und man wird dann auch zum Segen der Landwirte selber durchdringen.

Was unseren Obstbau betrifft, so kann ich nur behaupten, daß wir nicht einige Millionen Obstbäume mehr im Lande haben. Es ist tatsächlich das Obst, obgleich wir sehr viele Obstbäume haben, zu einem Massenartikel noch nicht geworden. Wir sehen in den Städten, wie das Pfund Äpfel selbst im Herbst, auch wenn wir ein vorzügliches Obsterjahr gehabt haben, nur mit 12, 18 oder

25 Pfennigen verkauft wird, und damit ist gerade einem großen Teil der Bevölkerung, dem man den gefunden Genuß des Obstes gönnen möchte, dieser unmöglich gemacht. Alles das, was auf dem Gebiete der Förderung des Obstbaues geleistet wird, kann auch nach dieser Richtung hin zum Segen des Volkes gereichen.

Ueber die Bienenzucht will ich nicht mehr viel reden, weil das, was ich sagen wollte, schon ausgeführt worden ist, insbesondere wollte ich darüber reden, daß sich die Bahnverwaltung in dieser Hinsicht sehr entgegenkommend verhält und daß sie sehr fördernd auf die Bienenzucht einwirkt. Es ist bekannt, daß insbesondere die Lehrer neben den Geistlichen sich um die Bienenzucht erhebliche Verdienste erworben haben, und daß sie sich im allgemeinen gern mit der Bienenzucht beschäftigen. Nun ist im Lehrplan für die Fortbildungsschulen im § 12 verlangt, daß die Fortbildungsschüler auch an den Bienenstand geführt werden sollten. Das ist natürlich dem Lehrer nur möglich, wenn er selbst etwas davon versteht. Nun sind sehr viel Lehrer bereit, die Kurse mitzumachen, die zur Ausbildung in der Bienenzucht abgehalten werden, es wird aber unangenehm empfunden, daß den Ausschreibungen für diese Kurse gewöhnlich die Bemerkung beigefügt ist, daß nur solche Lehrer angenommen werden und Urlaub erhalten können, deren Klassen durch Lehrer an demselben Ort in genügender Weise mitversehen werden können. Das ist natürlich bei einer großen Anzahl junger Lehrer, die sich in erster Linie diesen Kursen zuwenden würden, nicht möglich, da sie die einzigen Lehrer am Platze sind. Ich begreife sehr gut, daß da die Urlaubserteilungen Schwierigkeiten bereiten, allein dieser Urlaub ließe sich vielleicht an den Herbstferien abziehen, und man könnte mit einigermaßen gutem Willen da irgend ein Arrangement treffen; was der Lehrer gelernt hat, kommt ja auch den Gemeinden selbst wieder zu Gute. Ich möchte das Ministerium des Innern bitten, daß es bei dem Unterrichtsministerium dahin wirkt, daß auch den Lehrern, die an einer Schule mit nur einem Lehrer angestellt sind, Urlaub gewährt wird, um an einem solchen Bienenkursus teilnehmen zu können.

Wie segensreich eine Geflügelzuchtversuchsanstalt wirken könnte, kann man am besten aus den Tabellen ersehen, die uns der Herr Abg. Schüler im Berichte gegeben hat. Er hat uns dort insbesondere gezeigt, wie außerordentlich verschieden die Hühner im Eierlegen sind, und wie die eine Henne außerordentlich fleißig ist, während es die andere aus dem gleichen Jahrgang und dem gleichen Stamm nur auf eine bescheidene Zahl von Eiern bringt. Würden nur die Eier solcher Hennen fernerhin zu Bebrütung kommen, die vorzügliche Leger sind — deren Auswahl könnte am besten in der Versuchsanstalt geschehen, sie ist dem Einzelnen nicht möglich —, so würde allmählich der Stand unserer Geflügelzucht so gehoben werden können, daß wir ein ganz vorzügliches Nutzgeflügel bekommen. Ich verspreche mir auch recht viel von diesen Anstalten. Wenn aber im übrigen gesagt ist, daß hier als Ort nur die Hochburg in Betracht käme, so finde ich das nicht begreiflich. Man streitet sich da herum um die Hochburg oder allenfalls noch um Augustenberg; daß es aber auch noch ein Hinterland und ein badisches Unterland gibt, darum kümmert sich kein Mensch! Wenn nun gesagt worden ist, daß auf der Hochburg kein Wasser vorhanden ist, so kann ich nur sagen, bei Schwellingen fließt die Leimbach, bei Hochenheim fließt die Kraichbach vorbei, und da ließe sich eine derartige Zucht auch von Wassergeflügel ganz vorzüglich einführen. Wollen Sie doch einmal, wenn Sie die Anstalt unterbringen, auch jene Gegend berücksichtigen! Ich glaube, daß auch jene

Gemeinden, was die Platzfrage anbelangt, sehr entgegenkommend wären, daß auch dort ein genügend großer Raum vorhanden wäre, so wie er notwendig ist, um gesunde Tiere zu bekommen, was eine der allerersten Bedingungen für eine Zuchtanstalt ist.

Was nun die Rindviehzucht angeht, so möchte ich nur mit einigen Worten auf die Prämierung kommen. Es hat mich sehr gefreut, daß ein so hervorragendes Sachverständiger wie der Herr Kollege Ries Gedanken zum Ausdruck gebracht hat, wie sie gerade besonders in meiner Heimat, im Obenwald, mir schon oft zu Gehör gebracht worden sind. Es wurde in bezug auf die Geflügelzucht gewünscht, daß man nicht besonders auf Sportgeflügel sehen und dieses prämiieren solle. Ich bin der Ansicht, daß man bei der Prämierung des Rindviehs noch nicht über den Sport hinausgekommen ist. Die Qualität des Simmentaler Kindes ist eine außerordentlich gute, und in all den Teilen des Oberlandes, wo man diese Zucht mit allergrößtem Vorteil gepflegt hat, soll man sie auch weiter treiben, aber andere Teile unseres Landes haben da doch ein wesentlich anderes Interesse. Ich will aber gar nicht verkennen, daß gerade wir vor 30 Jahren einen viel geringeren Viehstand gehabt haben, und daß durch Kreuzung mit Simmentaler Tieren eine sehr große Umwälzung eingetreten ist. Aber das hat auch seine Grenzen, man kann auch da nur bis zu einem gewissen Grade gehen. Mir scheint, daß die Hefsen, die uns ja um so manches voraus sind, da einen gewissen Rückschlag erlebt haben, denn dort fängt man in neuerer Zeit an, wieder auf das rote, alte Obenwälder Vieh zurückzukommen und dieses zu prämiieren, man erachtet sogar das Vogelsbergerrind wieder für preiswert, man legt immer mehr Wert auf den Nutzen, und die Gebrauchsfähigkeit des Tieres tritt immer mehr in den Vordergrund. Ich glaube auch, daß der Herr Kollege Ries recht hat, wenn er sagt, daß die Bestimmungen, die 25 Jahre lang gute Dienste geleistet haben, einer Revision unterzogen werden sollten, und daß die Gebrauchsfähigkeit des Tieres bei der Prämierung vor allen Dingen mehr in den Vordergrund treten soll. Ich kann nur vollständig beipflichten, und da hat mich besonders sein Vorschlag interessiert, man solle bei der Prämierung in den Stall hinein gehen, man solle vielleicht den ganzen Stall prämiieren, man sollte dort das Tier ansehen, anstatt es auf einem freien Platz sich vorführen lassen. Denn, wenn der Besitzer weiß, in so und so viel Wochen ist „Prüfung“, so kann da eben vorgearbeitet werden. Vielleicht dürfte auch diese Anregung eine Befolgung verdienen.

Ueber die Pferdebeziehung will ich mich nicht verbreiten, nur möchte ich darauf hinweisen, daß in meinem Bezirk in Plantstadt und Nachbarschaft eine Pferdebeziehungsgenossenschaft in der Gründung begriffen ist. Man möchte sich dort einen Hengst halten und hofft, daß die Regierung in gewohnter Weise — die Sache ist noch ganz neu, sie stammt erst aus den letzten Wochen — entgegenkommt, wie das auch sonst geschehen ist. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß, wenn die Herren an die Großh. Regierung herantreten, diese auch entgegenkommt.

Ueber die Bedeutung der Ziegenzucht gerade für den Schwesinger Bezirk habe ich auf dem letzten Landtag umfangreiche Darbietungen hier gemacht, die ich natürlich heute nicht wiederholen will. Ich habe damals darauf hingewiesen: der Schwesinger Bezirk ist der Bezirk, der am meisten Ziegen im ganzen badischen Lande hat. Und ich habe damals insbesondere betont, daß, wenn es gelingt, die Milchergiebigkeit der Ziege — man schätzt eine Ziege im Durchschnitt auf 500 Liter

Milch pro Jahr — zu steigern auf etwa 800 Liter, was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, eine ganz gewaltige Steigerung der Milchproduktion dadurch erzielt würde, die einen Ertrag von gegen 200 000 Mark in den neun Gemeinden dieses Bezirke nach sich ziehen würde. Es sind ja viele kleine Leute dort, die nicht in der Lage sind, Großvieh zu halten, und die sich eben Ziegen halten. Man hat nun in Schwesingen eine Ziegenzuchtgenossenschaft gegründet, die sich auf den ganzen Bezirk erstreckt und die in dankenswerter Weise auch von der Großh. Regierung unterstützt worden ist. Man rechnet dort auf eine auch weiterhin offene Hand der Großh. Regierung; man wird das nach den Ausführungen des Herrn Geh. Oberregierungsrats Nebe ja auch erwarten dürfen. Ich darf aber wohl noch einiges über die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, kurz sagen.

Die Zuchtgenossenschaft ist als Züchtervereinigung von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft anerkannt und führt Buch nach der Anweisung dieser Landwirtschaftsgesellschaft. Sie ist also nach der Richtung mit anderen Genossenschaften, welche die Sache nur mehr nach dem Hausbedarf betreiben, nicht zu verwechseln. Die Genossenschaft hat jetzt etwa 300 Mitglieder. Sie hat auch schon viel Zuchttiere gefordert und markiert. Diese Föderung und Markierung und natürlich auch die Revision der Zuchtbestände bringt erhebliche Ausgaben für die Genossenschaft mit sich, so daß sie eben ohne einen Zuschuß des Kreises und des Staates nicht auskommen könnte. Man hat dann im vorigen Jahre dort auch einen Zuchtziegenmarkt eingerichtet, und zwar mit ganz gutem Erfolg. Es sind rund 450 Mark an Prämien verteilt worden, und man hat eine ganz erhebliche Anzahl Tiere, bereits nach allen Ecken des badischen Landes und in die Rheinpfalz hinüber abgegeben. Auch jetzt schon liegen in größerem Umfang Bestellungen vor. Man hat dort im letzten Jahre auch eine Bodenaufzuchtstation eingerichtet. Damit hat man allerdings schlechte Erfahrungen gemacht. Es sind zuviel Böcke krank geworden, und man hat viele davon als untauglich zur Zucht erklären müssen, so daß das Resultat ein geringes gewesen ist und man das wohl nicht mehr wiederholen wird. Im allgemeinen aber wird man doch sagen dürfen, daß durch diese kurze Tätigkeit der Genossenschaft im Schwesinger Bezirk jetzt ausschließlich nur noch Tiere des weißen Saanetalchlags zu finden sind. Ich glaube, daß diese Genossenschaft einer offenen Hand der Großh. Regierung außerordentlich würdig ist.

Ich will mich bei der vorgeschrittenen Zeit über Körner- und Gemüßebau nicht mehr verbreiten, auch nicht den sehr zurückgegangenen Hopfenbau und auch die Tabakprämierung nicht mehr weiter besprechen, wie ich vorhatte. Ich möchte nur die Bemerkung einschalten, daß, wenn man an eine Prämierung des Tabaks herantreten will, was ich ja für durchaus wünschenswert halte, es mir auch scheinen will, daß die Prämierung eben bei der Wage und nicht auf dem Felde erfolgen müßte.

Es ist ganz zweifellos und erfreulich, daß die Verhältnisse unserer Landwirtschaft sich nach schweren Zeiten in allgemeinen in den letzten Jahren ganz wesentlich gehoben haben. Auf der anderen Seite ist es aber sicher, daß unsere Bauernleute mit ganz außerordentlichem Fleiß arbeiten und auch jetzt noch recht sparsam sein müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen. Wir können daher unsererseits der Großh. Regierung eine weitgehende Förderung dieses Erwerbszweigs nur empfehlen.

Man hat über den Weinbau wiederholt hier im Hause gesprochen. Ich hatte nicht vor, darüber zu reden, man ist aber aus Weinhändlerkreisen an mich herangetreten und hat geglaubt, ich sollte hier ein Wort in ihrem Interesse sagen. Nun muß ich ja sagen, daß ich von diesem Weinbau und Weinhandel am Ende wenig verstehe, aber Einiges hat der Weintrinker doch natürlich auch gelernt und für Einiges hat er sich auch interessiert. Ich kann durchaus begreifen, daß unsere Weinhändler unangenehm davon berührt sind, wenn der Weinbau von vornherein als etwas nur ganz reelles vorausgesetzt wird und wenn auf der einen Seite von dem realen und nicht realen Weinhandel gesprochen wird. Man weist darauf hin, daß bei den Verstrafungen, die wegen Weinschmiererei erfolgt sind, nicht weniger Weinbauern beteiligt sind als Weinhändler, daß also eine ungeredete Behandlung darin liegt, wenn man von den Händlern etwa von vornherein voraussetzen wollte, sie seien die Schmierer, während die Weinbauern die unschuldsvollen Engel wären. Ich kann auch durchaus glauben, daß die Weinhändler im Recht sind, wenn sie sich dagegen wehren; denn wir haben doch wirklich auch in Baden in großer Zahl sehr gute Firmen, bei denen es ganz ausgeschlossen ist, daß sie auch nur in irgend einer Weise sich etwas würden nachsagen lassen. Wir wissen andererseits auch, daß es große Weinbauern, Weinbauern gibt, die schmieren, wo sie nur schmieren können. Nun haben die Weinhändler dem neuen Weingesetz — sie sind natürlich daran sehr interessiert — und s. Bt. dem Weinparlament wie im letzten Sommer dem Weinbaukongress in Mannheim ein sehr großes Interesse entgegengebracht. Sie waren sich bewußt, daß eine gewisse Einengung der bisherigen Zustände mit dem neuen Weingesetz kommen werde, und sie haben auch nichts dagegen einzuwenden, daß diese Einengung, z. B. die räumliche und zeitliche Begrenzung der Verbesserung, und auch noch einiges andere eintritt. Aber es hat bei den Weinhändlern unangenehm berührt, daß, als unvermutet die weiteren neuen einschneidenden Bestimmungen aufgetaucht sind, z. B. über die örtliche Begrenzung der Zuckering, über den direkten Deklarationszwang für die sogenannten verbesserten Weine und dann auch für Weißweinschnitte, nicht auch Herren von ihrer Seite um Rat gefragt wurden, um eben die Bestimmungen so zu treffen, daß sie wohl einerseits den Ansprüchen, die man an ein gesundes Getränk voll und ganz stellen darf, entsprechen, daß sie aber auch nicht ohne besondere Not in die Verhältnisse des Weinhandels einschneiden, und man hat ferner den Wunsch (und das ist es, was ich hauptsächlich der Grobsh. Regierung nahe legen möchte), daß die Grobsh. Regierung, wenn sie daran geht, die Ausführungsbestimmungen über die Lagerbücher s. Bt. zu erlassen, vorher mit den Interessenten des Weinhandels in Fühlung treten möchte, damit auch diese ihren Rat in der Sache geben können.

Ich für meinen Teil glaube, daß zu den schwersten Schädlingen unseres Weinbaues auch manche unserer kleinen Wirte zu rechnen sind, die kein Betriebskapital haben, deswegen auf den Borg angewiesen sind und daher den Wein unbedingt da nehmen müssen, woher sie ihn am billigsten bekommen können und wo sie am längsten Kredit erhalten. Dieser Schaden wird sich aber außerordentlich schwer ausmerzen lassen, so lange von vielen Wirten eben immer nur nach der Billigkeit gefragt wird. Ueberhaupt werden sich bei jedem Weingesetz immer Leute finden, Weinbauern sowohl als Händler, die eben „schmieren“. Im allgemeinen kann ich mich auch nur freuen, wenn wir von Kunstprodukten möglichst verschont werden und wir einen guten Wein um billiges Geld bekommen können. Ich habe auf dem

vorigen Landtag eine Anregung dahin gegeben, man solle uns doch unsere guten badischen Weine einmal in Mannheim z. B., wo wir doch einen starken Bedarf haben, vorsetzen, und ich habe mich gefreut, als unsere Konsumgenossenschaften, Herr Kollege Säger an der Spitze, diese Weinproben veranstaltet haben. Ich habe auch manchen Landstand dabei gesehen, der sehr tätig war (Heiterkeit), und wir haben da gefunden, daß man wirklich in der Mannheimer Bevölkerung bei vielen Leuten die Güte unseres einheimischen badischen Weines nicht gekannt hat, und ich glaube auch, daß die Bestellungen es späterhin ausgewiesen haben, wie gut diese Anregung, den Mannheimern einmal guten badischen Wein in größerem Umfange zu zeigen, gewirkt hat (Beifall).

Abg. **Vauschbach** (konf.): Ueber das landwirtschaftliche Budget ist schon so viel gesprochen worden, daß es schwer fällt, etwas Neues mehr hinzuzufügen zu können. Erfreulicherweise tut ja die Regierung sehr viel für die Landwirtschaft. So sind für die Pferdebezug 150 000 M. eingestellt, für die Rindviehzucht 100 000 M., für die Saatzuchtstation 20 000 M. usw.

Die Getreidelagerhäuser wirken auch sehr segensreich. Wir haben auch ein Getreidelagerhaus in Oberschefflenz, und es ist sehr erfreulich, daß dadurch die Bauern nicht mehr gezwungen sind, ihre Ware an die Händler zu verschleudern, da in diesen Getreidelagerhäusern die Preise immer vorgeschrieben werden.

Den Anträgen des Abg. Neuwirth kann ich mich anschließen. Was die Flurschadensabschätzung anbelangt, ist es sehr erfreulich, daß in Zukunft die Flurschadensabschätzung rascher vorgenommen werden soll. Auch die Servisgelder sollen erfreulicherweise erhöht werden.

Was die Leutenot anbelangt, möchte ich nur darauf hinweisen, daß es sehr verwunderlich ist, daß in der Stadt die Arbeitskräfte überschüssig sind, während sie auf dem Lande fehlen. Ich kenne eine ganze Reihe von Landwirten, die noch keinen Hilfsarbeiter, noch keinen Knecht finden, während in der Stadt Ueberfluß an Arbeitskräften herrscht, so daß viele Leute keine Arbeit finden. Da möchte ich doch darauf verweisen, daß auf dem flachen Lande noch sehr viel Arbeit zu haben ist. Allerdings sind vielleicht die Herren in der Stadt anders zu arbeiten gewohnt und können sich vielleicht den ländlichen Verhältnissen nicht so anpassen, wie es wünschenswert wäre. Aber auf dem Lande ist die Arbeit gesund. Allerdings kann man dort nicht von einer bestimmten Arbeitszeit reden; im Heumachen, in der Ernte geht die Arbeitszeit über das Normale hinaus. Aber trotzdem wäre es sehr erwünscht, wenn die Arbeiter in der Stadt sich entschließen könnten, sich wieder mehr dem Lande zuzuwenden.

Es ist sehr erfreulich, daß die Grobsh. Regierung auch als Zuschuß für die Rindviehversicherung 170 000 Mark eingestellt hat. Diese Viehversicherung kommt hauptsächlich dem kleinen Mann zugute; der größere Viehbesitzer käme vielleicht ebenso gut weg, wenn er seine Tiere nicht versicherte. Beim kleinen Viehbesitzer ist es aber ganz anders. Wenn einem Kleinbauern ein Stück Vieh umsteht, das vielleicht noch nicht einmal ganz bezahlt ist, dann ist eben die Gefahr da, daß er in die Hände der Wucherer kommt. Von dieser Seite ist deshalb die Viehversicherung sehr segensreich für den kleinen Mann, zumal es schon vorgekommen ist, daß kleine Leute gerade durch Unglücksfälle im Stalle um Hab und Gut gekommen sind.

Bei der Viehversicherung ist es hauptsächlich wünschenswert, daß ein tüchtiger Vorstand an der Spitze steht. Es wäre sehr zu wünschen, daß von Seiten der Behörden darauf besonders geachtet wird. Ein Vorstand, der

etwas von der Viehhaltung versteht, kann die Untkosten auf das Mindestmaß zurückschrauben. Es kommt manchmal vor, daß zu früh und wegen Kleinigkeiten zum Tierarzt geschickt wird. Andererseits kommt es wieder vor, daß zu lange gewartet wird, bis man die ärztliche Hilfe in Anspruch nimmt. Da ist es sehr zweckmäßig, wenn ein tüchtiger Vorstand an der Spitze steht, der die Sache zu regulieren versteht.

Im Interesse der Viehverficherung ist es auch zu wünschen, daß in der Land- und Forstwirtschaft kein Bindendraht verwendet wird. Die Statistik der Not- und Rindschlachtungen weist es auf, daß vielfach Tiere geschlachtet werden müssen, die Eisendraht oder Eisennägel verschluckt haben. Es könnte dies größtenteils verhütet werden. In meinem Wahlbezirk kam es vor, daß einem Straßenwärt zwei Kühe in einem Jahr notgeschlachtet werden mußten, und zwar deshalb, weil sie Drahtabfälle von der Telegraphenleitung mit dem Futter verschlungen hatten. Die Leute bekamen allerdings eine Entschädigung, weil sie nicht in der Versicherung waren. Es sollten die Telegraphenarbeiter angewiesen werden, die Drahtabfälle, welche sich bei Telegraphen- und Telefonreparaturen ergeben, nicht unachtsam wegzuworfen, weil doch immer die Gefahr besteht, daß diese Drahtabfälle mit dem Futter verfüttert werden und dadurch dem Landmanne großen Schaden verursachen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Reichspostverwaltung dafür verantwortlich gemacht werden könnte.

Bei Rindschlachtungen kommt auch die Finne vor. Es besteht nun eine Bestimmung, daß finnenverdächtigtes Fleisch 21 Tage im Kühlraum hängen muß, offenbar deshalb, damit in dieser Zeit die Finne abstirbt und das Fleisch dann genießbar und auf der Freibank verkäuflich wird. Für die Stadt mag diese Bestimmung schon recht sein, aber für das Land ist sie äußerst nachteilig, weil das Fleisch ohne Kühlraum nicht aufbewahrt werden kann. Da möchte ich die Großh. Regierung ersuchen, für die Landbezirke eine Ausnahme zu machen und zwar dahingehend, daß das Fleisch von finnenverdächtigem Vieh auf der Freibank ausgehauen werden darf unter der ausdrücklichen Bestimmung, daß es nur in gut gekochtem Zustande genossen werden kann.

Es ist von verschiedenen Seiten des Hauses schon betont worden, daß bei der Viehprämierung allzuviel gemessen wird. Auch ich bin der Ansicht, daß mehr das Auge entscheiden soll. Bei vielen Prämierungen wird mehr auf das Papier als auf das Tier gesehen. Es sollten auch nur Tiere prämiert werden, welche in das Zuchtregister eingetragen sind. Heute spielt die schöne Körperform, Schnellwüchsigkeit, die gute Futterwertung eine Hauptrolle. Nicht vergessen darf allerdings auch werden, daß es gute Milchtiere sein müssen; aber es ist doch immer zu berücksichtigen, daß die Tiere früher oder später in das Schlachthaus gelangen, wo dann nur das Gewicht entscheidet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auch die Frage aufwerfen, ob man mit der Viehprämierung (wie ja auch schon von verschiedenen Seiten des Hauses erwähnt worden ist) nicht etwas anders als seither verfahren sollte. Nach meiner Ansicht sollte mehr das Jungvieh als die älteren Tiere prämiert werden, denn ein gut ernährtes, gut gezogenes, gut gepflegtes Stück Jungvieh gibt natürlich auch immer eine schöne Kuh bezw. einen schönen Stier. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, zu erwägen, ob man unsere Viehprämierung nicht nach dem bayerischen Muster einrichten sollte. In Bayern z. B. bestehen etwa 15 Zuchtverbände, von denen namentlich der Verband der Simmenthaler in Oberbayern sehr weit voran ist und unseren badischen Viehzuchtvereinen große Konkurrenz macht. Jeder dieser Verbände erhält aus der Staatskasse

einen gewissen Beitrag zur Prämierung. Dadurch, daß diese Zuchtverbände die Prämierung vornehmen, kommt in die Sache mehr Leben; solange der Staat der Geber ist, kümmern sich viele Tierzüchter oftmals weniger um die Prämierungsangelegenheiten.

Bestimmen kann ich auch dem, was schon von verschiedenen Seiten des Hauses betont wurde, daß man für solche Gegenden, wo hauptsächlich Milchwirtschaft betrieben wird, nicht diese teuren Schweizerfarren kaufen sollte. Nur da, wo man auf Zuchtvieh reflektiert, soll man natürlich das beste Material, die Schweizerfarren, anschaffen. Für die Bewohner der Umgegend, von Mannheim wäre es jedenfalls sehr zweckmäßig, wenn sie ihre Farren bei uns im Hinterland kaufen würden; bei uns sind oftmals sehr schöne Farren zu verkaufen, leider finden sich aber keine Liebhaber, und die Folge davon ist, daß solche Farren — manchmal sehr schöne Tiere! — an die Metzger verkauft werden.

Der Verband der Unterbadischen Zuchtgenossenschaften beachtlich, nun auch in Mosbach einen Zuchtviehmarkt einzuführen. Anfangs wird sich dieser ja in bescheidenen Grenzen bewegen; ich hoffe aber und wünsche, daß er sich gut entwickeln möge zum Wohl und Segen des badischen Unterlandes. Die Großh. Regierung möchte ich dringend bitten, diesem Zuchtviehmarkt mit Wohlwollen entgegenzukommen.

Von einer Seite des Hauses ist betont worden, daß die Tierärzte oftmals nicht zur Stelle seien, wenn sie in Folge eines Unfalls nötig wären. Das ist aber vielfach auch gar nicht zu verwundern, denn Tierärzte, die einen großen Bezirk haben, können natürlicherweise nicht zu gleicher Zeit überall sein. Ueberhaupt ist die Stellung der Bezirkstierärzte oftmals eine Zwitterstellung: Einmal soll der Bezirkstierarzt die Veterinärpolizei beobachten, er soll auf die Förderung der Tierzucht ein Augenmerk haben, andererseits soll er wieder seinen Lebensunterhalt aus der Privatpraxis ziehen. Dieser Zustand ist für die Tierärzte oftmals kein beneidenswertes. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, in Erwägung zu ziehen, ob man nicht in den großen ländlichen Bezirken besondere Veterinärbeamte anstellen sollte.

Zum Schluß auch ein Beispiel von der Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokraten (Abg. Säßkind: „Ha! Hört! Hört!“). Vor zwei Jahren, wie die Viehpreise so sehr in die Höhe gingen, da war natürlicherweise auf sozialdemokratischer Seite ein großes Geschrei, man solle die Grenzen öffnen; es war auch ein großes Geschrei über die Hölle usw., in den Blättern war dies tagtäglich zu lesen. Auch die liberalen Blätter stimmten in diesen Sirenenangefang ein, nur eine Oktave tiefer, um ihre Bruderschaft zu dokumentieren. Als nach kurzer Zeit die Viehpreise wieder zurückgingen, die Fleischpreise aber dennoch so hoch blieben, da hatte man kein Wort dafür, letzteres auch zu rügen. Das ist auch ein Punkt, worauf ich die Großh. Regierung aufmerksam machen möchte: Sobald auf dem Lande die Preise fallen, dann sollten zu gleicher Zeit auch die Verkaufspreise in der Stadt fallen, damit nicht immer das Geschrei ist, der Bauer habe den Rücken.

Sehr erfreulich ist auch, daß für Mosbach ein Obstbaulehrer angestellt werden soll. Auch von verschiedenen Seiten des Hauses ist das anerkannt worden. Zu meinem Bedauern mußte ich aber leider hören, daß der Herr Minister diesen Obstbaulehrer ins badische Oberland, und zwar nach Ueberlingen schicken will. Ich bin nun nicht so neidisch, daß ich dem Oberland nicht auch einen Obstbaulehrer gönne; aber ich möchte doch den Herrn Minister bitten, auch für Mosbach einen Obstbaulehrer anzustellen. Wenn es nicht anders geht, könnte man vielleicht noch im Nachtragsbudget das Geld für einen Obstbaulehrer in

Mosbach anfordern. Mosbach und seine Umgegend sind hauptsächlich sehr reich an Obstbäumen; es ist mir gesagt worden, daß nach der Zählung vom Jahre 1904 die Stadtgemeinde Mosbach allein 30500 Obstbäume habe. Seither ist nun noch die Feldbereinigung vorgenommen worden, und es sind seit 1904 noch mehrere Tausend Obstbäume gepflanzt worden, jedoch die Schätzung nicht zu hoch gegriffen ist, daß heute gegen 40 000 Obstbäume allein in der Gemarkung Mosbach zu zählen sind. Auch das Neckertal, Jagsttal und das Schefflental sind sehr mit Obstbäumen gesegnet. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, daß wir auch nach Mosbach, wenn es äußerst möglich wäre schon im Vollzug dieses Budgets, einen Obstbaulehrer bekämen.

Bei der Laubstreuverteilung kommt es vor, daß vielmal zu wenig Lose ausgegeben werden. Die Folge davon ist, daß die Laubstreuen außerordentlich teuer wird. Es ist ja begreiflich, daß die Herren Förster diese Laubstreuen als Dung für den Wald zurückbehalten wollen, nach meiner Ansicht sollte man aber doch die Landwirtschaft über die Forstwirtschaft stellen. Ich möchte deshalb bitten, daß die Laubstreuen in reichem Maße ausgegeben werden (Beifall bei den Konservativen und dem Zentrum).

Der Präsident schlägt vor, jetzt abzubrechen und heute Nachmittag fortzufahren.

In der Geschäftsordnungsdebatte hierzu bemerken

Herr Dr. Obkircher (natl.): Die Absicht des Herrn Präsidenten, heute Nachmittag eine Sitzung zu halten, ist eingeleitet von dem Bestreben, mit der Landwirtschaftsdebatte in möglichstster Beschleunigung zu Ende zu kommen. Dieses Bestreben wird von unserer Seite begrüßt. Aber es scheint mir doch Wert darauf gelegt werden zu müssen, daß die Kommissionen mit ihren Arbeiten nicht im Rückstande bleiben. Das ist zurzeit der Fall. Die Kommissionen sind bei der Art, wie in den öffentlichen Sitzungen gearbeitet wird, gehindert, mit ihrer Arbeit vorwärts zu kommen, so wie es erwünscht, so wie es geboten ist. Ich möchte ganz allgemein glauben, daß, wenn in der bisherigen Weise mit öffentlichen Sitzungen fortgeföhren wird, wir nach Ostern an Mangel an Stoff für die öffentlichen Verhandlungen leiden werden, weil eben die Kommissionen ihre Arbeiten nicht gefördert haben. Ich erinnere daran, daß die wichtigste Arbeit, die wir auf diesem Landtage neben dem Budget zu erledigen haben, die Vorlagen über das Beamtenrecht, über die Gehaltsordnung, Gehaltstarif und Etatgesetz, sein werden. Die Kommission für diese Vorlagen hat sich vorbehalten, an zwei Tagen Sitzungen zu halten. Das ist bis jetzt auch gelungen. Aber die Mitglieder der Kommission — darauf möchte ich ganz besonders aufmerksam machen — sind genötigt, namentlich jetzt, wo wir an den Gehaltstarif herankommen, sich für jede Sitzung auf den betr. Abschnitt, der zu behandeln ist, vorzubereiten, und das ist bei der großen Zahl von Petitionen, die vorliegen, keine kleine Arbeit, und dafür muß uns Zeit gegeben werden. Bei der bisherigen Geschäftsbehandlung ist uns diese Zeit nicht gegeben worden. Es wird uns ein Maß von Arbeit auferlegt, das bald nicht mehr zu bewältigen ist. Ich kann das insbesondere von mir selbst sagen.

Außerdem müssen wir dafür sorgen, daß die Budgetkommission die Berichte fertigstellen kann, die nahe an ihrem Abschluß sind, und dazu ist erforderlich, daß die Budgetkommission Sitzungen hält. Sie muß insbesondere heute Nachmittag eine Sitzung halten, um den Mittel- und Volksschulbericht noch einmal kurz in einigen Fragen durchzusprechen, damit der Bericht fertiggestellt werden kann. Wir haben dann den Eisenbahnbetriebs-

bericht, der noch eine Reihe von Sitzungen erfordern wird, um zur Fertigstellung zu gelangen.

Ich habe die Gelegenheit ergriffen, um die Frage von einem allgemeineren Gesichtspunkt aus hier einmal zur Sprache zu bringen. Was speziell die Frage betrifft, die jetzt von dem Herrn Präsidenten aufgeworfen worden ist, so ergibt sich meine Stellungnahme zu der Frage aus dem, was ich eben allgemein gesagt habe. Die Budgetkommission muß heute Nachmittag, um ihre Geschäfte fördern zu können, eine Sitzung halten. Auch die Eisenbahnkommission hat bereits eine Sitzung anberaumt, die auch abgehalten werden muß, um dort die Arbeiten vorwärts zu bringen, ebenso die Petitionskommission. Das wird alles nicht zu umgehen sein. Wenn wir aber heute Nachmittag eine öffentliche Sitzung abhalten, dann fallen diese Sitzungen dahin. Morgen Vormittag soll die Beamtenkommission eine Sitzung halten. Die nötigen Vorbereitungen dafür leiden dann not. Kurzum, es drängt alles darauf hin, heute Nachmittag keine öffentliche Sitzung abzuhalten, damit die Kommissionen arbeiten können und damit die einzelnen Mitglieder die Sachen, die sie sonst noch zu verrichten haben, auch noch bewältigen können. Ich bitte daher die Herren Kollegen, jetzt die Sitzung zu schließen und heute Nachmittag keine öffentliche Sitzung zu wünschen.

Präsident Fehrenbach: Nach diesen Ausführungen ist es natürlich meine Pflicht, Ihnen nähere Mitteilungen zu machen über den Arbeitsplan und auch über die Gründe, die mich veranlassen haben, auf heute Nachmittag eine Sitzung vorzuschlagen.

Der Präsident hat natürlich in erster Linie die Verpflichtung, den Arbeitsstoff einzuteilen, und dabei muß er bestrebt sein, nicht von der Hand in den Mund zu leben, sondern er muß suchen, eine Uebersicht über den ganzen Stoff zu bekommen. Er muß auch daran denken, bis wann sachgemäß etwa die Verhandlungen des Landtags beendet sein sollten, und hierfür gibt eine Handhabe die Dauer des letzten Landtags. Der letzte Landtag konnte erst am 8. August geschlossen werden. Dabei ist aber zu bedenken, daß er später angefangen hat als der diesmalige, daß er eine ganze Reihe von betäubenden Ginderungsanlässen hatte und daß er eine lange Reihe von Wahlanfechtungsdebatten hatte, die diesmal wegfallen. Es sollte also doch wohl angenommen werden können und dürfen, daß der diesmalige Landtag erheblich früher als wie der letzte Landtag zum Schluß gebracht werden könnte (Sehr richtig! im Zentrum). Daß das im allgemeinen Interesse, auch im Landesinteresse und namentlich im Interesse des Ansehens des Parlamentes wünschenswert wäre, kann man wohl gar nicht bestreiten (Bravo! im Zentrum). Ich denke also an einen Landtagschluß und eine derartige Einteilung der Arbeiten auf den 1., spätestens aber auf den 15. Juli. Wir haben in diesem Jahre nicht mehr Arbeit als wie im vorigen Landtage. Im vorigen Landtage haben wir die Vermögenssteuer zu beraten gehabt, eine ebenso schwierige Arbeit wie in diesem Jahre die Beamtenvorlagen. Also nach Analogie des letzten Landtags müßten wir in der Zeit, wie ich sie angegeben habe, auf diesem Landtage mit unseren Arbeiten zu Ende kommen. Wenn das aber zu ermöglichen sein soll, dann sollten wir vor Ostern noch das im Plenum erledigen, was ich letzthin im Seniorenkonvent entwickelt haben. Ich habe dort einen Plan vorgelegt, wonach ich der Meinung bin, daß wir vor dem Palmsonntag das gesamte Budget mit Ausnahme des Eisenbahnbudgets, sowohl Betrieb als Bau, erledigen können, wenn wir in jeder Woche vier Plenarsitzungen abhalten und wenn von den einzelnen Herren Rednern einigermaßen auf die Geschäftslage Rücksicht genommen

wird (Sehr gut! im Zentrum) und auf den allgemeinen Arbeitsplan. Wenn wir mit der Landwirtschaft nun jetzt noch weitere Sitzungstage füllen, dann ist es ausgeschlossen, daß dieser Plan zur Durchführung kommt, dann ist es unmöglich, daß das, was ich als letztes Besum vor den Osterferien erledigt wissen wollte, das Budget der Volks- und Mittelschulen, noch vor den Osterferien erledigt wird. Dann schiebt sich die Sache hinaus, und dann weiß ich auch nicht, wie wir die anderen Arbeiten — es kommen die großen gesetzgeberischen Vorlagen — bewältigen können. Dann ist garnicht abzusehen, wann dieser Landtag zu seinem Ende kommt, und das möchte ich jedenfalls auch verhindern und verhüten, daß gegen den Schluß hin eine überhastende Eile stattfindet (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Nationalliberalen), bei der dann eine gediegene und ruhige Behandlung der Fragen nicht mehr möglich ist. Deshalb möchte ich lieber bei Zeiten entsprechend einsetzen.

Das würde aber nun alles nicht durchschlagend sein, wenn die Bedenken, die der Herr Kollege Obkircher wegen der gegenwärtigen Arbeitsbelastung vorgetragen hat, stichhaltig wären. Er hat von der großen Arbeitslast, die im Plenum zu bewältigen ist, gesprochen. Sie ist aber diesmal nicht anders als in jedem anderen Jahr. Wir haben auch nur vier Sitzungstage in der Woche, Mittwoch und Freitag sind frei. Wenn auch eine Sitzung einmal eine halbe Stunde länger dauert, und ich da etwas weiter gegangen bin, als das in früheren Jahren üblich war, so macht das nicht viel aus (Sehr richtig! im Zentrum). Im wesentlichen ist die Arbeitszeit die gleiche wie früher auch. Und das eine darf ich auch sagen: Es ist schließlich für diejenigen Herren, die bei anderen Fragen die vorzüglichsten Arbeitskräfte sind und dort mehr Zeit brauchen, nicht die Notwendigkeit vorhanden — es wird das auch so geübt —, in jeder Plenarsitzung von Anfang bis zum Schluß anwesend zu sein. Es wird so viel in den Plenarsitzungen wiederholt, daß man nicht jedes Wort zu hören braucht, man kann sich schon einteilen (Sehr richtig! im Zentrum).

Was nun diese Woche anlangt, so ist mir von den Vorsitzenden der Kommissionen gesagt worden, daß sie für heute nachmittag Kommissionssitzungen angelegt haben. Aber alle, die Petitionskommission, die Budgetkommission und die Eisenbahnkommission, haben für diese Woche nur eine Sitzung angelegt. Nun bin ich der Meinung, daß diese Sitzung ebenso gut am Donnerstag nachmittag stattfinden könnte, wenn sie für morgen nicht beliebt wird, wie heute nachmittag. Jetzt gerade haben nach meiner Kenntnis die Kommissionen keine so dringende Arbeit, wie sie ihnen in den nächsten Wochen wahrscheinlich wieder zuteil werden wird. Es ist nach der Erfahrung in früheren Jahren anzunehmen, daß das Eisenbahnbudget Mitte März zur Vorlage kommen wird. Dann wird die Budgetkommission viele Arbeit bekommen. Dieses Budget liegt aber noch nicht vor. Es sind in der Budgetkommission gegenwärtig nur einige Arbeiten nachzuholen, die nur wenige Zeit beanspruchen. Ebenso ist es mit der Petitionskommission und der Eisenbahnkommission, deren Arbeit wahrscheinlich dann, wenn die Antworten auf die Anfragen von der Großh. Regierung herübergekommen sein werden, eine viel intensiveren Umfang annehmen muß als gerade jetzt. Deswegen schien es mir möglich, gerade jetzt mit einer Nachmittagsitzung einzusetzen.

Die Ueberzeugung habe ich, wenn wir heute keine Nachmittagsitzung abhalten, sondern die Sache dem gewöhnlichen Lauf überlassen, dann werden wir auch am Donnerstag nicht fertig und dann werden wir noch den ganzen Samstag brauchen (Sehr richtig! im Zentrum). Es sind noch 12 Redner vorgemerkt. Meine Hoffnung, daß das, was

von mehreren Rednern schon ausgezeichnet ausgeführt wurde, von den folgenden, wenn es auch notwendig ist, daß sie darauf zurückkommen, doch nicht mehr so ausführlich behandelt wird, hat sich leider nicht verwirklicht. Ich habe daher die Befürchtung, daß, wenn wir die Sitzung auf Donnerstag verschieben, wir am Donnerstag nicht fertig werden, sondern auch noch den ganzen Samstag brauchen. Dadurch wird die ganze Sache hinausgezogen in einer Weise, die ich von Präsidiums wegen nicht verantworten kann. Wenn wir heute noch eine Sitzung abhalten, so habe ich zwar nicht die Sicherheit, ob wir heute fertig werden, aber ich habe die Sicherheit, daß wir am Donnerstag mit diesem Budget und dem Budget der Heil- und Pfllegeanstalten, das in kürzerer Frist wird behandelt werden können, fertig werden.

Das sind die Gründe für meinen Vorschlag. Ich mußte sie ausführlicher darlegen und einen Ausblick gewähren auf das ganze Arbeitspensum des Landtages. Es will mir scheinen, daß ich sehr gute Gründe gehabt habe (Beifall im Zentrum).

Abg. Dr. Binz (natl.): Ich bedauere sehr, daß der Herr Präsident Veranlassung genommen hat, eine Art Gegenatz zu konstruieren zwischen der Verantwortlichkeit des Präsidenten und derjenigen des Hohen Hauses in bezug auf die Behandlung unserer Geschäfte (Sehr richtig! bei den Liberalen). Das Haus nimmt, wie ich glaube, für sich in Anspruch, daß ihm das erste Wort gebührt in der Entscheidung über diese Fragen, die jeden Einzelnen von uns gleichmäßig angehen. Aber nicht nur das, das Haus und jedes einzelne Mitglied — ich hebe das für meine Person ausdrücklich hervor — nimmt für sich in Anspruch, daß es ebenso wie der Herr Präsident darauf bedacht ist, die Geschäfte tunlichst zu fördern. Selbstverständlich lassen wir uns bei den hierauf bezüglichen Maßnahmen nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Der Wunsch nach Abkürzung der Debatten ist ja schon oft ausgesprochen worden, sowohl vom Herrn Präsidenten als auch aus der Mitte des Hauses. Die gleiche Erscheinung tritt in andern Parlamenten hervor und namentlich in den kleinen Parlamenten der deutschen Bundesstaaten. Der Landtag wird meines Erachtens so lange beisammen bleiben müssen, als es die Erledigung der Geschäfte unbedingt erfordert. Das ist für mich der ausschlaggebende Gesichtspunkt, wobei ich durchaus nicht in der Lage bin, zu sagen oder irgendetwas in Aussicht nehmen zu können, soweit ich dabei mitzubestimmen berufen bin, daß der Landtag nun gerade vor dem 15. Juli oder 1. August geschlossen werden solle. Heute können wir das noch nicht sagen (Sehr richtig! links). Wir werden so lange beisammen bleiben müssen, als das Interesse des Landes es erfordert.

Ich bedauere, daß der Herr Präsident in die ihm gewiß nicht angenehme Lage geraten ist, in eine Art kontradiktorischer Behandlung dieser Frage mit dem Hause einzutreten. Ich bedauere, daß er nicht Veranlassung genommen hat, wie es üblich ist, den Seniorenkonvent zur Beratung über diese Sache zusammenzurufen; dann hätte er die Stimmung des Hauses erkennen können, und wir wären dieser unangenehmen Episode überhoben gewesen. Das ist wohl in keinem Landtag der Brauch, daß gegen einen erheblichen Teil des Hauses die Fortsetzung der Debatte oder eine zweite Sitzung für denselben Tag beschlossen wird, wenn von Mitgliedern, die zu arbeiten gewöhnt sind und eine große Arbeitslast auf sich genommen haben, ausgesprochen wird, daß sie einer solchen Anstrengung gegenüber ihrer Pflicht nicht mehr genügen könnten. Das ist kein Trost oder Ausweg, den der Herr Präsident uns nahegelegt hat, daß die sonst noch mit Arbeit belasteten Mitglieder des Hauses nicht an allen Sitzungen teilzunehmen brauchen,

da auch unerhebliche oder wiederholt behandelte Dinge hier zum Vortrag gebracht werden. Ich will der Auffassung keines einzelnen Kollegen vorgehen, aber Jeder wird doch wohl für sich in Anspruch nehmen und die Verpflichtung in sich fühlen, im einzelnen Falle zu erwägen, ob er es verantworten kann, der Sitzung hier fernzubleiben oder nicht. Direktiven irgend einer Art würde ich wenigstens von Niemand entgegennehmen.

Unter diesen Umständen möchte ich den Herrn Präsidenten bitten, gerade auch im Interesse der Förderung unserer Geschäfte, dem sachlich begründeten Wunsche des Herrn Obkircher in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Wunsche keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen zu wollen. Der Herr Präsident ist ja mit einem Optimismus, von dem ich gewünscht hätte, daß er auch in dem Gange der Geschäfte des Hauses seine Rechtfertigung finden würde, an seine Aufgabe herantreten, und er hat geglaubt, von vornherein so dirigieren zu können, daß wir bis zu Ostern mit dem und dem zu Ende kommen. Bis jetzt hat der Herr Präsident mit seinem Optimismus nicht nur keinen Erfolg gehabt, ich stehe vielmehr unter dem Eindruck, und vielleicht ab und zu auch der Herr Präsident selbst, daß Direktiven dieser Art oder Versuche von solchen nicht selten das Gegenteil von dem bewirken, was er berechtigtermaßen im Auge hat. — Ich möchte also dem Wunsche meines Freundes Obkircher beitreten und das Hohe Haus bitten, jetzt abzubrechen und für heute nachmittag im Interesse der Gesamtheit unserer Geschäfte und ihrer Förderung eine Plenarsitzung nicht mehr zulassen zu wollen (Beifall bei den National-Liberalen).

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Es hat nicht nur der Herr Präsident die Pflicht, sich über die Erledigung der Arbeiten einen Plan zu machen. Diese Pflicht haben auch die Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen, und wenn wir nun hören, daß diese Vorsitzenden der Kommissionen den heutigen Nachmittag mit in Rechnung gezogen haben, und daß sie rechtzeitig den Mitgliedern der Kommissionen Nachricht gegeben haben, wonach natürlich auch die einzelnen Mitglieder ihre Zeit eingeteilt haben, denn jeder einzelne Abgeordnete muß sich doch einen Plan machen, wie er seine Zeit einteilt, um seine Arbeiten zu erledigen, so dient es nicht zur Förderung der Geschäfte, wenn nun dieser Plan der Vorsitzenden der Kommissionen und die Einteilungen, die sich der Einzelne gemacht hat, durch eine solche unerwartet anberaumte Nachmittagsitzung über den Haufen geworfen werden. Deshalb möchte auch ich von vornherein bitten, von der heutigen Nachmittagsitzung abzusehen. Wenn der Herr Präsident meinte, es hätten ja einzelne Herren gut aus der Plenarsitzung weggehen können, und das machten auch manche, so kann man es ja manchmal ohne Gefahr tun, aber es ist das nicht immer möglich. Der Herr Präsident sagt, es sei nicht nötig, daß jeder Einzelne alle Reden anhört. Dagegen bin ich mit ihm vollständig einverstanden. Ich habe mir auch nach manchen Reden gesagt, daß das nicht nötig gewesen wäre (Sehr richtig!; Heiterkeit). Aber wie die Rede angefangen hat, da habe ich nicht gewußt, was der Redner noch vorbringen würde, und ich kann nur sagen, das trifft für mich und manchen Anderen zu, manche meiner Reden würde länger ausgefallen sein, wenn ich nicht die Vorredner gehört hätte. Ich glaube nicht, daß durch dieses Fernbleiben die Verhandlungen abgekürzt werden.

Wenn nun eine außerordentliche Maßregel getroffen werden soll, so könnte man ja vielleicht morgen Nachmittags eine Sitzung abhalten, damit der Vormittag für die Kommissionen freibleibe, aber die Gründe sprechen jedenfalls gegen eine Sitzung am heutigen Nachmittag.

Präsident Fehrenbach: Wenn der Herr Abg. Heimburger speziell auf die auf heute Nachmittag festgesetzten Kommissionsitzungen abgehoben hat, so habe ich selbstverständlich hierauf Rücksicht genommen; ich habe mich mit den Vorsitzenden dieser Kommissionen ins Einvernehmen gesetzt, und sie haben erklärt, daß sie in dieser Woche nur eine Sitzung abhalten wollen, und daß diese am nächsten Donnerstag ebenso gut stattfinden kann wie heute.

Darauf bestehe ich natürlich nicht, gerade heute Nachmittag eine Sitzung abzuhalten, wenn den Herren der Donnerstag lieber ist. Ich will von morgen absehen, damit dieser ganze Tag frei ist; mir ist es übrigens auch ganz gleich, ob morgen Nachmittag eine Sitzung beschlossene würde. Aber, wenn der Grund des Herrn Abg. Dr. Heimburger durchschlagen sollte, so würde ich Ihnen vorschlagen, entweder morgen oder Donnerstag Nachmittag eine Sitzung anzuberaumen, und dann würde ich auf dem Vorschlag für heute Nachmittag nicht beharren.

Abg. Dr. Wilkens (natl.) schlägt vor, nötigenfalls Donnerstag Nachmittag eine außerordentliche Sitzung des Plenums abzuhalten und den heutigen Nachmittag frei zu lassen.

Abg. Dr. Zehner (Zentr.) unterstützt diesen Vorschlag.

Auch der Präsident und das Haus sind hiermit einverstanden.

Schluß der Sitzung nach 1/2 2 Uhr.

Berichtigung:

In einem Teile der Auflage der Amtlichen Berichte über die Verhandlungen der 44. Sitzung der Zweiten Kammer der Ständeversammlung ist auf Seite 893 die Zeile 1 auf Spalte 2 nach Zeile 28 derselben Spalte zu lesen.

* Karlsruhe, 10. März. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 12. März 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann.

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler,

und damit in Verbindung:

Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

- die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Kursschäden betr. (Drucksache Nr. 86),
- die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 86) — Drucksache Nr. 85 (86) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).

